



Paris Lodron Universität Salzburg

Studiengang „Intercultural Studies“
Studienjahr 2009/2010

Master-Thesis
zur Erlangung des akademischen Grades
„Master of Arts in Intercultural Studies“

Kommunale Integrationsstrategien

Von „Non Policy“ über sozialpädagogische und kompensatorische
zu aktivierenden Integrations-Maßnahmen

Betreuende: Dr. Birgit Breninger, Dr. Chibueze Udeani

Vorgelegt von: Hermine Moser
Matrikelnummer: 0822318
30. September 2010

Hermine Moser
hermine.moser@jomo.org
Obere Hafnerzeile 16, 4240 Freistadt

Inhalt¹

1	Einleitung	1
2	Die österreichische Integrations- und Migrationspolitik nach 1945	3
2.1	Flüchtlingsbewegungen nach 1945	3
2.2	Gelenkte Arbeitsmigration	4
2.3	Einfluss des wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssystems für die Migrationsentscheidung	5
2.4	Integrationsfördernde Funktion der Familie und der Ethnie	6
2.5	Festhalten an einer gescheiterten Gastarbeiter-Politik	7
2.6	Zuwanderungspolitik unterliegt politischer Inszenierung	8
2.7	Relevanz der Migrations- und Integrationsstrategien der österreichischen Regierung für die Gestaltungskraft der Kommunen im Bereich Integration	10
3	Integration und interkulturelle Konzepte in den Kommunen	10
3.1	Sozialpädagogisch geprägtes Integrationsparadigma	11
3.1.1	Machtunterschiede und die Wahrnehmung von Differenz in der sozialpädagogischen Arbeit	11
3.2	Integration als interkulturelle Angelegenheit	13
3.2.1	Kompensatorische Integrationsangebote	14
3.2.2	Aktivierende Integrationsangebote	15
3.3	Abschließende Überlegungen zu sozialpädagogischen, kompensatorischen und aktivierenden Integrationsmaßnahmen	16
4	Strukturelle Machtungleichheit und Disziplinierung aus philosophischer Sicht	17
4.1	Monarchenrecht zeigt sich in der „peinlichen Strafe“	18

¹ Diese Ausgabe enthält, anders als die an der Universität eingereichten Originale, keine eidesstaatliche Erklärung über die Urheberschaft. Zwecks besserer Lesbarkeit wurde die Gliederung gegenüber dem Original leicht verändert.

4.2	Von der Kunst des Strafens als einer Ideologie der Vorstellung zum dressierten Körper in der Kerkerinstitution.....	19
4.3	Disziplin – Das Durchschaubar- und Nützlich-Machen der Individuen durch minutiöse Arbeit an ihren Körpern	19
4.4	Disziplin – Die Mittel der guten Abrichtung.....	20
4.5	Disziplin durch einen permanenten Sichtbarkeitszustand.....	21
4.6	Spuren von „Überwachen und Strafen“ in der Migrations-Gesetzgebung.....	22
5	Interkulturelle Kommunikation und interkulturelles Lernen.....	23
5.1	Kultur und kulturelle Zuschreibungen.....	23
5.1.1	Kulturdimensionen und Kulturstandards.....	24
5.1.2	Der erweiterte und offene Begriff von Kultur als Lebenswelt	25
5.1.3	Transkultur oder die Auflösung der Kulturen	26
5.2	Interkulturelles Lernen	27
5.2.1	Interkulturelles Lernen als Gesprächsarbeit	27
6	Integration.....	28
6.1	Das Integrations-Leitbild des Landes Oberösterreich in Bezug auf kommunale Integrationsmaßnahmen	29
6.1.1	Weitere Unterstützung der Gemeinden durch die Abteilung Soziales des Landes OÖ.....	31
6.1.2	Konkrete Auswirkung des Integrationsleitbildes auf Maßnahmen in Freistadt	31
6.2	Kritik an Integration	32
6.3	Terkessidis Anspruch an eine Gesellschaft der Inklusion im Vergleich mit dem Integrationsverständnis im Leitbild von Oberösterreich.....	33
7	Beschreibung und Evaluierung verschiedener in Freistadt stattfindender Integrations-Projekte.....	34
7.1	Freistadt is(s)t international	35
7.2	Interkultureller und interreligiöser Frauentreff.....	39
7.3	Interkulturelles Frauen-Frühstück	48

7.4	Bunter Spielplatz	51
7.5	Resümee	60
8	Die Integrationsprojekte in Freistadt im Vergleich mit Best Practice Integrationsprojekten in Steyr	60
8.1	Paraplü in Steyr: Vom Integrationsprojekt zum Integrationszentrum.....	61
8.2	Integrationsbüro Freistadt.....	64
8.3	Vergleich der interkulturellen Entwicklung in Steyr mit Freistadt	65
8.4	Gegenüberstellung und Vergleich von Best Practice Projekten in Steyr mit den Projekten in Freistadt	66
8.5	Abschließender Vergleich	67
9	Überlegungen zu kommunalen Integrationsstrategien	67
10	Literaturverzeichnis	69

1 Einleitung

Migrations- und Integrationsbewegungen haben in Österreichs jüngerer Geschichte – diese Arbeit betrachtet die Zeit nach dem 2. Weltkrieg– immer stattgefunden (vgl. Bauböck/Perchinig 2003). In den 1960er Jahren wurden Gastarbeiter nach Österreich gerufen. Gesetzliche Regelungen beschränkten sich auf arbeits- und aufenthaltsrechtliche Belange, da von der Rückwanderung dieser temporären Arbeitskräfte nach Ende des Arbeitsvertrages ausgegangen wurde (ebd.: 8). Lange Zeit gab es, dieser Sichtweise entsprechend, kein politisches Konzept und keine gesetzlichen Grundlagen, welche den langfristigen Verbleib dieser ArbeitsmigrantInnen und ihre Integration in die österreichische Gesellschaft regeln und erleichtern sollten. Diese Strategie der „Non Policy“ wirkte sich auch auf das Zusammenleben in den Kommunen aus (Baraulina 2007: 27).

Diese Arbeit will die Entwicklung von Integrationsstrategien aufzeigen und Integrationsprojekte in der Stadt Freistadt darstellen. Freistadt ist eine Kleinstadt mit knapp 7500 Einwohnern im Norden von Oberösterreich in einer wirtschaftlich eher schwachen Region (Austria Forum 2010). Seit den 1970er Jahren ist ein Zuzug von türkischen Menschen, ursprünglich auf Grund von Arbeitssuche hauptsächlich für die Arbeit in Steinbrüchen in umliegenden Gemeinden, zu verzeichnen. Für diese schwere Arbeit fanden sich nicht genügend einheimische Arbeitskräfte. An diese Gastarbeiter wurden keine Ansprüche bezüglich beruflicher Qualifikation gestellt. Es gab auch keine Angebote zur sprachlichen oder beruflichen Weiterbildung. Der migrantische Anteil an der Bevölkerung in Freistadt ist mit 10% (Stadtgemeinde Freistadt 2009) immer noch relativ niedrig im Vergleich zu Ballungsräumen in Österreich.

Seit der geplanten Errichtung eines muslimischen Gemeindezentrums in einem Wohngebiet im Jahr 2005 wird vor allem die Zuwanderung von Muslimen kontrovers wahrgenommen. Davor war diese Gruppe der Zugewanderten weitestgehend ignoriert worden. Es gab kaum Maßnahmen zur Förderung eines interkulturellen Dialogs, weder von kommunalpolitischer noch von privater Seite. Ausnahme war eine Welle der Hilfsbereitschaft den bosnischen Flüchtlingen in den frühen 1990er Jahren gegenüber, für die von Familien und Einzelpersonen „Patenschaften“ übernommen worden waren, um ihnen den Einstieg in das Leben in der neuen Umgebung zu erleichtern.

Daraus folgt, dass in Freistadt ein Teil der Zivilbevölkerung bereit ist, „die Fremden“ kennenzulernen bzw. sie auch bei Bedarf zu unterstützen. Trotzdem überwiegt im öffentlichen Diskurs die Wahrnehmung der problematischen Seiten des Zusammenlebens mit Menschen unterschiedlicher Herkunft.

Folgende Forschungsfragen soll die Thesis beantworten:

- Welche Integrations-Maßnahmen, die in Freistadt gesetzt wurden, erfüllen den Anspruch einer interkulturellen Begegnung und Kommunikation bzw. können als aktivierende Integrationsmaßnahmen gelten? Der Schwerpunkt wird auf Projekte der letzten fünf Jahre gelegt.
- Wie weit möglich bzw. notwendig ist eine Weiterentwicklung des Paradigmas der „Integration als interkulturelle Angelegenheit“ zum Paradigma der „Integration als Prozess des interkulturellen Lernens“?
- Welche konkreten Strategien sind von kommunalpolitischer Seite notwendig bzw. hilfreich, um einen gemeinsamen Lernprozess sowohl der zugewanderten als auch der autochthonen Bevölkerung zu fördern?

Ziel der Arbeit ist, anhand der relevanten Literatur und der Evaluierung von konkreten Projekten die Verbindung von interkulturellen Theorien und der Praxis herzustellen.

Folgende Vorgehensweise soll die Erreichung der Forschungsziele gewährleisten:

Für ein grundlegendes Verständnis der Thematik wird zuerst die österreichische Migrations- und Integrationspolitik nach 1945 skizziert und die Entwicklung von unterschiedlichen Integrationsparadigmen dargestellt. Die sozialpädagogischen, kompensatorischen und aktivierenden Integrationsmaßnahmen werden definiert.

Strukturelle Machtungleichheit und Disziplinierung aus der Sicht des Philosophen Michel Foucault soll einen kritischen Blick auf die Praxis der Gesetzgebung bezüglich Migration und Integration ermöglichen.

Anhand der Literatur wird untersucht, ob Konzepte der Interkultur und des interkulturellen Lernens, für die es in der Pädagogik (vgl. Auenheimer 2007; Nohl 2006) bereits eine reiche Tradition gibt, auch Relevanz für kommunale Integrations-Maßnahmen haben können.

Es folgt die Darstellung des Integrations-Leitbildes des Landes Oberösterreich.

Den Hauptteil bildet die Beschreibung und Evaluierung der verschiedenen in Freistadt stattgefundenen Integrations-Maßnahmen. Diese Maßnahmen werden Best-Practice-Projekten in der Stadt Steyr gegenüber gestellt. Daraus sollen sich förderliche und wünschenswerte Integrations-Maßnahmen für Kommunen ableiten lassen.

Die Thesis soll auch eine Orientierung für zeitgemäße interkulturelle Gemeinwesen-Arbeit bieten. Sie soll die Frage beantworten, ob die Weiterentwicklung des Integrationsparadigmas von „Integration als interkultureller Angelegenheit“ zu einem „Lernparadigma für die gesamte Gesellschaft“ bereits zur Notwendigkeit geworden ist.

2 Die österreichische Integrations- und Migrationspolitik nach 1945

Die reichhaltige Migrationsgeschichte - Österreich war immer Ziel- als auch Ursprungsgebiet für Arbeitsmigration - findet im kollektiven Selbstbild und in aktuellen politischen Debatten in Österreich wenig Beachtung (vgl. Bauböck/Perchinig 2003: 1). Der Ausschluss von bestimmten Personen oder Gruppen von Aufenthalts- und Bürgerrechten weist auf eine unreflektierte Haltung dem Fremden/den Fremden gegenüber hin. Von einer „Normalität des Fremden“ (vgl. Hunfeld 1991 in 1995: 365) kann trotz Globalisierung und einem virtuellen Zusammenwachsens unserer Welt durch neue Technologien noch keine Rede sein. Der frühere Innenminister Günther Platter drückte in einer Schrift des Innenministeriums diese Tatsache mit folgenden Worten aus: „Es ist nicht zu übersehen, dass in unserer Gesellschaft, wie in vielen anderen europäischen ebenfalls, gegenseitiges Misstrauen und Berührungsangst vorhanden sind“ (Integration gestalten 2008:10).

2.1 Flüchtlingsbewegungen nach 1945

Die österreichische Regierung verlangte von den Alliierten die baldige Rückführung der großen Flüchtlingsströme nach dem zweiten Weltkrieg (Displaced Persons wie überlebende Juden, Kriegsgefangene, ZwangsarbeiterInnen, sowie aus Zentral- und Osteuropa vertriebene deutsche Minderheiten). Erst der wachsende Bedarf an Arbeitskräften zur Zeit des Wiederaufbaus in den 1950er und 1960er Jahren bei gleichzeitiger Abwanderung von ÖsterreicherInnen führte für in Österreich verbliebene Flüchtlinge zu einer arbeitsrechtlichen Gleichstellung und schließlich zur Einbürgerung (ebd.: 4).

Österreich betonte nach 1945 seine Abgrenzung zur deutschen Nation, wollte aber keinesfalls an seine eigene Identität und Tradition als multiethnischer und multilingualer Vielvölker-Staat anschließen. Es verstand sich nicht als Nation der ethnischen Vielfalt, sondern baute seinen Patriotismus als österreichische Nation mit deutscher Sprache hauptsächlich auf seiner Neutralität auf. Zu dieser hatte Österreich sich durch den Staatsvertrag 1955, der den Abzug der Besatzungsmächte brachte, verpflichtet.

Folgender Beitrag des bekannten österreichischen Essayisten Robert Menasse thematisiert die große Bedeutung der Neutralität für die österreichische Identität, aber letztendlich die Brüchigkeit dieses Konstrukts.

Aus Meinungsumfragen wissen wir, daß für die überwältigende Mehrheit der Österreicher die Neutralität als konstitutiv für Identität und Selbstverständnis Österreichs gilt, so selbstverständlich, wie der Staatsvertrag als die Grundlage für die Existenz Österreichs als freier und souveräner Staat angesehen wird. ... Die Neutralität, "das Fundament der österreichischen Identität" (so die Meinungsforscher), ist tatsächlich die fundamentale österreichische Real-Fiktion: Sie ist, wie man in historischen Dokumenten und in der Fachliteratur leicht nachlesen kann, auf völkerrechtlich verbindliche Weise inexistent. Sie ist Fiktion, war nur als Fiktion geplant, hat sich in den Köpfen der Österreicher als Fiktion selbständig gemacht, und nur als solche, als verselbständigte Fiktion, hat sie Realität erhalten (Menasse 1995:76).

Im Zuge der Neutralität und seiner Vermittler-Rolle zwischen den Großmächten profilierte sich Österreich als Transitland für Flüchtlinge aus dem sowjetischen Machtbereich. Da diese Flüchtlinge meist unmittelbar in ihre Zielländer weiter reisten, blieb Österreich der gute Ruf der Gastfreundlichkeit und Offenheit bei gleichzeitig geringer finanzieller Belastung (vgl. Bauböck/Perchinig 2003: 5).

Österreich verhielt sich den großen Flüchtlingswellen (Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Rumänien) gegenüber unterschiedlich. Gestand man den Menschen aus Ungarn und der Tschechoslowakei ein politisches Motiv für die Flucht zu, so wurden späteren Flüchtlingen zunehmend wirtschaftliche Gründe für die Flucht unterstellt. Entsprechend veränderte sich die Aufnahmebereitschaft sowohl in Bezug auf gesetzliche Grundlagen (Anerkennung des Status als politische Flüchtlinge bzw. Arbeits- und Aufenthaltsrecht) als auch in Bezug auf die allgemeine Stimmung in der Gesellschaft (vgl. ebd.: 6).

2.2 Gelenkte Arbeitsmigration

Sozioökonomische Gründe (hohes Wirtschaftswachstum, schrumpfende Arbeitskräfte-Reserven, Abwanderung österreichischer Arbeitskräfte ins Ausland) führten in den

1960er Jahren zu einer Liberalisierung der Ausländerbeschäftigung. Diese war von Unternehmerseite schon lange gefordert, von den Gewerkschaften aber blockiert worden. Man einigte sich über eine Kontingentregelung für ausländische Beschäftigte zu folgenden Bedingungen: Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen wie Inländer, Kündigungen der ausländischen Arbeitskräfte vor den inländischen, Arbeitsbewilligung nur für ein Jahr. Dies sollte eine Triple-Win-Situation bewirken: Die ausländischen Beschäftigten können ihre Ersparnisse in ihrer Heimat investieren, was die dortigen Wirtschaften stärkt, und in Österreich kann die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte kurzfristig der aktuellen Nachfrage angepasst werden (vgl. Angenendt 2008: 37).

Um genügend Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben, wurde in Anwerbe-Stellen im Ausland rekrutiert. Ebenso rekrutierten schon in Österreich Arbeitende ihre Verwandten und Freunde für Arbeitsplätze in Österreich. Diese reisten als Touristen ein und bekamen meist problemlos eine Arbeitsbewilligung (vgl. Bauböck/Perchinig 2003: 7). Allerdings waren die Unternehmen mit dem Rotationsprinzip, das verlangte, ausgebildete und eingearbeitete Arbeiter nach einem Jahr durch neu angeworbene zu ersetzen, nicht zufrieden. Auch viele MigrantInnen wollten von sich aus ihren Arbeitsaufenthalt mit der Option der Rückwanderung verlängern. Durch Familiennachzug und den Schuleintritt der Kinder erwies sich die beabsichtigte Remigration jedoch bei Vielen zunehmend als Illusion. Die temporär gedachte Arbeitsmigration hatte sich somit aus faktischen Gründen der Kontrolle und Lenkung durch den Staat entzogen und war zur Zuwanderung geworden (ebd.: 8).

2.3 Einfluss des wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssystems für die Migrationsentscheidung

Ein weiterer Faktor, dessen Konsequenz für die Migrationsentscheidung sich erst im Lauf der Zeit herausstellte, lag im System des Wohlfahrtsstaates. Die Gewerkschaften hatten nur unter der Bedingung der sozialrechtlichen Gleichstellung der Gastarbeiter mit heimischen Arbeitskräften einer Gastarbeiter-Regelung zugestimmt. Für diese Haltung waren keineswegs altruistische Gründe ausschlaggebend. Einheimische Arbeitskräfte sollten auf dem Arbeitsmarkt keine Konkurrenz durch möglicherweise für Unternehmen billigere Gastarbeiter befürchten müssen. Zusätzlich ging man davon aus, dass ArbeitsmigrantInnen für ein grundsätzlich niedriges Lohnsegment, wie es unqualifizierten Beschäftigungsverhältnissen entspricht, angeworben wurden. Daraus entstand in der Folge eine willkommene „Unterschichtung“ für die einheimische

Erwerbsbevölkerung (Bade 2007: 35). Da der Gesetzgeber das Thema Einwanderung konsequent ausblendete, stellte er keine Forderungen bezüglich Qualifikation, Spracherwerb etc. an die ausländischen Arbeitskräfte, die er ja nicht als Zuwanderer anerkannte, sondern von deren Rückwanderung er ausging. Allerdings wurde den ArbeitsmigrantInnen der Zugang zu den Angeboten des Wohlfahrtsstaates ermöglicht. „Damit wurde der migratorische Selbstausschleusprozess außer Kraft gesetzt, nach dessen harten ungeschriebenen Gesetzen weiterwandern oder zurückkehren musste, wer sich im Einwanderungsland nicht selbst versorgen konnte“ (ebd.: 33). In den klassischen Einwanderungsländern waren nur gezielt ausgewählte Einwanderer sozialrechtlich mit Staatsbürgern gleichgestellt (ebd.).

Diese Situationsbeschreibung, die sich auf das Nachbarland Deutschland bezieht, kann auch für Österreich als relevant angesehen werden. Es ist anzunehmen, dass die wohlfahrtsstaatlichen Gegebenheiten für manche ausländische Arbeitskräfte einen Grund zum Bleiben in Österreich darstellten. Eine „affektive Integration“ mit innerlicher Verbundenheit und Teilhabe an der österreichischen Gesellschaft waren mit der Entscheidung zum Bleiben nicht notwendigerweise verbunden. Die Aufrechterhaltung der im Heimatland gewohnten Lebensweise, mangelnde Deutsch-Kenntnisse sowie hauptsächlich intraethnische Kontakte wirkten sich auch hinderlich für eine soziale und wirtschaftliche Integration aus (vgl. Vogl/Matscher 2008: 23). An der Entwicklung dieser Situation war in wesentlichem Maß das Aufnahmeland Österreich durch die fehlenden Angebote für Integration und der beschriebenen Gesetzeslage mitbeteiligt (vgl. Bauböck/Perchinig 2003: 9).

2.4 Integrationsfördernde Funktion der Familie und der Ethnie

Hauptsächlich intraethnische Kontakte mancher Gruppen von MigrantInnen werden von der Mehrheitsgesellschaft oft als Bildung von Ghettos und Parallelgesellschaften wahrgenommen. Der Zusammenhalt in der Großfamilie und die gegenseitige Unterstützung innerhalb der Ethnie stellten jedoch eine wirksame und oft einzig verfügbare Hilfe für die soziale und wirtschaftliche Eingliederung im neuen Heimatland dar (vgl. Angenendt 2008: 19). Die ursprünglich defizitäre Sichtweise der Gebundenheit an die Familien lässt sich auch als integrationsfördernde Funktion der Familie wahrnehmen. Als Integrationsförderung wird hier die Hilfe, sich im neuen Heimatland wirtschaftlich, sozial und sprachlich orientieren und persönlich voran zu kommen, gesehen.

Die Integrationsleistungen in die Aufnahmegesellschaft, die in diesen Verwandtschaftsbeziehungen von Familien ausländischer Herkunft erbracht werden, wären als institutionalisierte Angebote personell und finanziell außerordentlich aufwändig und stellen damit eine wesentliche Entlastung der Aufnahmegesellschaft dar. (Gerzer-Sass/Sass 2001:11).

Die Aufrechterhaltung einer besonderen Gruppenzugehörigkeit sagt von vorne herein nichts über Erfolg oder Nichterfolg in Bezug auf wirtschaftliches oder soziales Ansehen aus. Trotzdem wird die Eigenorganisation von Einwanderer-Gruppen leicht als „desintegrative Heimatorientierung“ gesehen und nicht als Möglichkeit, in einem Netzwerk zu partizipieren und daraus persönliche und soziale Stabilität zu beziehen (vgl. Thränhardt 2005).

2.5 Festhalten an einer gescheiterten Gastarbeiter-Politik

Obwohl sich ab dem Ende der 1970er Jahre schon eine faktische Zuwanderung abzeichnete, sah sich Österreich weiterhin nicht als Einwanderungsland. Am Vorbehalt, ausländische Arbeitskräfte, auch wenn sie schon viele Jahre in Österreich lebten, nur dann zu beschäftigen, wenn der österreichische Arbeitsmarkt das erfordert, wurde festgehalten. Ausländer konnten einen „Befreiungsschein“, der erlaubte, sich auf dem Arbeitsmarkt frei zu bewegen, nur unter sehr erschwerten Bedingungen erwerben. Diese Einschränkungen und Unsicherheiten betrafen den Bestand an Arbeitenden, die noch unter der alten Gastarbeiter-Regelung ins Land gekommen waren und hier bleiben wollten. Die ausländischen ArbeitnehmerInnen wurden weiterhin als eine „Verschubmasse“ für den österreichischen Arbeitsmarkt gedacht, mit der man je nach Bedarf des Marktes verfahren wollte (vgl. Bauböck/Perchinig 2003: 9f).

Als die Bundesregierung unter enger Mitbestimmung der Gewerkschaften in den 1990er Jahren die Einführung einer Ausländer-Quote auf dem Arbeitsmarkt beschloss, wurden die im Land lebenden Arbeitskräfte mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft in diese Quote einbezogen. Dies sperrte viele legal in Österreich lebende Personen mit nicht österreichischem Pass, z.B. Frauen, die nach der Familienphase in den Arbeitsprozess eintreten, oder Studierende, die arbeiten wollten, vom Arbeitsmarkt aus (ebd. 11). Diese Quote und andere Restriktionen (z.B. keine Bewegungsfreiheit auf dem Arbeitsmarkt und große Abhängigkeit vom Arbeitgeber, kein passives Wahlrecht für den Betriebsrat etc.) waren für viele ausländische Arbeitskräfte, sofern sie sich nicht für eine Rückkehr in ihr Heimatland entschlossen, der Anlass, die Familien rasch nachzuholen. Dies geschah häufig aus Sorge vor weiteren gesetzlichen

Einschränkungen, welche befürchten ließ, dass ein Nachholen der Familie in Zukunft noch schwieriger werden könnte. Auf lange Sicht war das ein weiterer Wirkfaktor für die ethnische Segmentierung des Arbeitsmarktes (ebd.: 8).

Die Regelung der Neuzuwanderung im Interesse des Aufnahmelandes Österreich in Verbindung mit der Wahrung der Interessen von neu Zugewanderten nach Sicherheit von Aufenthalt und Beschäftigung wurde nicht erreicht bzw. immer noch nicht angegangen (ebd.: 9).

2.6 Zuwanderungspolitik unterliegt politischer Inszenierung

Die mangelnde Aufenthaltssicherheit für ursprünglich nur vorübergehend ins Land gekommene Menschen war nicht konform mit den Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention zum Schutz des Privat- und Familienlebens. In der Folge verlagerte sich die Zuständigkeit für Einwanderungsfragen von den Sozialpartnern und dem Sozialministerium auf das Innenministerium. Damit war Einwanderungspolitik zu einem innenpolitischen Thema geworden (ebd.: 10). Eine erstarkende FPÖ übernahm zunehmend die Führungsrolle im politischen Diskurs über Ausländer-Beschäftigung und Zuwanderung. Es kam zu einer Vermischung von Asylrecht und Zuwanderungsfragen. Mit der Einführung der Drittstaats-Klausel war es AsylwerberInnen auf dem Landweg nicht mehr möglich, in Österreich einzureisen, da Österreich von sicheren Ländern umgeben war (ebd.: 13).

Durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 entstand die neue Differenzierung in EU-BürgerInnen und Drittstaaten-Angehörige. Die Regierung nutzte nicht die Gelegenheit, im Zuge der Festschreibung der EU-Bürger-Rechte auch den langjährig in Österreich lebenden BürgerInnen anderer Staaten ähnliche Rechte zuzusprechen. EU-rechtliche Vorgaben wurden in diesen Gesetzen absolut minimalistisch umgesetzt (vgl. Perchinig 2010).

Insgesamt waren die 1990er Jahre geprägt durch rassistisch motivierte Anschläge mit Todesopfern sowie von immer restriktiveren Gesetzen, welche die Zuwanderung, Asyl und Staatsbürgerschaft regelten. Prägend waren auch die Jugoslawien-Kriege, der Tod des Schubhäftlings Markus Omofuma, aber auch das Erstarken von humanitären und antirassistischen Nicht-Regierungs-Organisationen (Bauböck/Perchinig 2003: 18).

Eine profunde Beurteilung der politischen Entwicklungen in Österreich im Zeitraum der letzten 20 Jahre, betreffend Integration und Migration, ist wohl erst in einer größeren historischen Distanz möglich.

Allerdings garantiert eine zeitliche Distanz nicht einen nüchternen und wahrnehmenden Blick auf prägende politische und gesellschaftliche Ereignisse der Vergangenheit.

Selektive Geschichtswahrnehmung zeigt sich in der diesjährigen niederösterreichischen Landesausstellung „die 60er. Beatles, Pille und Revolte“ (1.5. bis 1.11. 2010) auf der Schallaburg bei Melk. Die Ausstellung wurde unter Mitwirkung namhafter WissenschaftlerInnen unterschiedlichster Disziplinen (z.B. dem Soziologen Roland Girtler) gestaltet und hat die Kultur- und Zeitgeschichte der 60er Jahre, also eines Zeitraums, der mehr als 40 Jahre zurück liegt, zum Thema. Die Veranstalter spannen nach eigener Beschreibung den Themenbogen von Kunst über Politik, Gesellschaft bis hin zur Technik. In der Ausstellung wird auch der Vollbeschäftigung, dem wirtschaftlichen Aufschwung, dem Arbeitskräfte-Mangel und dem damals noch sehr traditionellen Rollenbild der Frauen, das von ihnen erwartete, sich auf Familienarbeit zu beschränken und dem Erwerbsleben fern zu bleiben, Raum gewidmet. Mit keinem Wort bzw. Artefakt sind aber die folgenreiche Liberalisierung des Arbeitsmarktes, die Anwerbung von Gastarbeitern und damit ein Start- bzw. Wendepunkt in der Arbeitsmigration in jenem Jahrzehnt in der umfangreichen Ausstellung existent. Die sich entwickelnden nachhaltigen gesellschaftlichen Veränderungen sowie der Beitrag der „Gastarbeiter“ zur Sicherung des allgemeinen Wohlstands in Österreich sind kein Thema. Dieses wurde schlichtweg von den Gestaltern und Gestalterinnen übersehen. Eine vertane Chance, den tausenden BesucherInnen der Ausstellung einen bedeutenden Aspekt der Zeitgeschichte, der die Gesellschaft in der Gegenwart maßgeblich betrifft, auf eine sachliche und entemotionalisierende Weise näher zu bringen.

Historische Reflexionen und eine thematische Aufarbeitung und Vermittlung der jüngeren Zeitgeschichte in Bezug auf Migration sind, so lässt jedenfalls diese Ausstellung vermuten, noch kein bevorzugtes Thema der Wissenschaft und der Kulturvermittlung.

2.7 Relevanz der Migrations- und Integrationsstrategien der österreichischen Regierung für die Gestaltungskraft der Kommunen im Bereich Integration

Die Darstellung von Migration und Ausländer-Beschäftigung im politischen und medialen Diskurs hatte unter anderem zur Folge, dass dieses Thema von der Bevölkerung als Bedrohung der kulturellen Identität aufgefasst wurde (Angenendt 2008: 35). Der Begriff Integration wurde von bundespolitischer Seite nur vage definiert.

“Der in allen politischen Lagern außer Streit stehende, in seiner Vagheit für jegliche Auslegung offene, Integrationsbegriff wurde einerseits zur positiven internationalen Positionierung genutzt und diente andererseits in der innenpolitischen Diskussion als Legitimation für restriktive Zuwanderungsregelungen. Je nach bevorzugter Sichtweise konnte „Integration“ [H. i O.] als Bezeichnung für ein Selektionskriterium oder für sozialpolitisches Engagement gelesen werden“ (Bauböck/Perchinig 2003: 19).

Wenn die Reserven der innerfamiliären Unterstützungsstrategien erschöpft bzw. die Familien in ihrer Selbstorganisation bei Auftreten zusätzlicher Schwierigkeiten überfordert waren, formten Zugewanderte eine Klientel für die sogenannten sozialpädagogischen Integrationsmaßnahmen.

3 Integration und interkulturelle Konzepte in den Kommunen

Die Regierungen reagierten auf temporäre Zuwanderung bezüglich Integration mit „Non Policy“ (vgl. Baraulina 2007: 27). Das galt auch für die Politik der Kommunen in Hinblick auf die „Gastarbeiter“. Kommunen waren bestenfalls mit aufenthaltsrechtlicher Einzelfallbearbeitung beschäftigt. Erst mit Familiennachzug und verstärkter Niederlassungsquote bemerkte man, dass „Gastarbeiter“ Bewohner mit eigenen Bedürfnissen und Problemen sind. Gastarbeiter waren häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen, schlechte Wohnverhältnisse und Schulschwierigkeiten der Kinder etc. identifizierten Ausländer als neue soziale Problemgruppe. Kommunen hatten kaum eigene Möglichkeiten, den neuen sozialen Problemen zu begegnen. Entsprechende sozialpolitische Strategien zu entwickeln lag in der Zuständigkeit der Bundesregierung (ebd.).

Erst in jüngster Zeit wird die Tatsache, dass der Wanderungssaldo für Österreich jährlich durchschnittlich eine Netto-Zuwanderung von 20 000 Personen beträgt, zur Kenntnis genommen (Fassmann 2010). Es zeichnet sich eine zögerliche Akzeptanz der Tatsache, dass Österreich als Einwanderungsland zu sehen ist, ab. Dem wird aber von vielen PolitikerInnen noch wenig Beachtung gewidmet. Entsprechend finden diese

Tatsachen nur schwer Eingang in das allgemeine Verständnis der Aufnahmegesellschaft.

Anpassungen des Aufenthalts- und Arbeitsrechts an die veränderte wirtschaftliche und bevölkerungspolitische Situation lassen immer noch auf sich warten. Weiterhin werden Fragen der Zuwanderung, des Asyls und des Bleiberechts vermischt und gar mit Kriminalität in einem Atemzug genannt (Koller/Zimmermann 2009). Selbst einschlägig juristisch versierte Personen haben kaum mehr einen Durchblick durch die sich ständig verändernde aufenthaltsrechtliche Gesetzeslage (Bürstmayr 2009).

Bundesländer und größere Städte, allen voran die Bundeshauptstadt Wien, hatten sich seit den 1990er Jahren in Integrations-Leitbildern mit der veränderten Zusammensetzung der Bevölkerung auseinander gesetzt und auch entsprechende Integrations-Stabstellen eingerichtet.

Das für diese Arbeit relevante Integrations-Leitbild des Landes Oberösterreich wird weiter unten dargestellt.

3.1 Sozialpädagogisch geprägtes Integrationsparadigma

Dieses erste Integrationsparadigma war dem Schutz- und Hilfsgedanken verpflichtet. Es war aus dem Aufgabengebiet der sozialen Dienste im Sinn des Wohlfahrtsstaates heraus entstanden. Zuwanderer selbst hatten keine politische Vertretung, da sie auch vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen waren. Ihre Interessen wurden, außer von sozialen Diensten, am ehesten von engagierten Dritten (Einzelpersonen oder NGOs) wahrgenommen (vgl. Baraulina 2007; Bauböck/Perchinig 2003: 16).

Es folgt ein kurzer Blick auf ein sich wandelndes Verständnis von Sozialarbeit und seiner Implikationen auf ein sozialpädagogisch geprägtes Paradigma von Integration.

3.1.1 Machtunterschiede und die Wahrnehmung von Differenz in der sozialpädagogischen Arbeit

Sozialpädagogische Arbeit zeigt sich immer als Prozess der Interaktion zwischen beratender und Unterstützung in Anspruch nehmender Person. Die BeraterIn will, neben konkreter fallbezogener Hilfe, KlientInnen unterstützen, bei lebenspraktischen Fragen, psychosozialen Konflikten und Krisen eigene Problemlösungskompetenz zu entwickeln. Empowerment und Teilhabe-Strategien, in welchen Betroffene als aktive Subjekte im Gesamtprozess der sozialpädagogischen Arbeit gesehen werden, zeigten sich in den

späten 1980er Jahren (vgl. Sickendiek/Engel/Nestmann 2008:71ff). Diese emanzipatorischen Konzepte standen in den Anfängen der migrantischen Sozialarbeit noch kaum zur Verfügung. Die Herstellung einer egalitären Beziehung zwischen Beratenden und Rat Suchenden ist ein grundlegendes Thema im sozialpädagogischen Kontext. Ungleiche Verteilung von Macht, materiellen Ressourcen und Privilegien betreffen MigrantInnen in besonderem Maß. Einer gleichberechtigten Beziehung in der Beratungssituation standen und stehen also zusätzlich zu sozialen Unterschieden wie Klassenzugehörigkeit, Alter, Geschlecht etc., noch die ethnische und kulturelle Herkunft entgegen (ebd.: 79).

BeraterInnen waren und sind von der Wahrnehmung des Fremden/der Fremden in der herrschenden Gesellschaftsordnung geprägt und unterliegen wie auch andere BürgerInnen der Kulturabhängigkeit von Vorstellungen über Normalität und Normen. Ihr Vorwissen über die Verschiedenheit von Menschen bestimmt die Fragen, die sie stellen, und wie sie die Antworten interpretieren:

Sobald zwischen zwei Herkunftskulturen Machtungleichheit besteht, tragen Stereotype zur Verstärkung der Marginalisierung und zum Ausschluss der weniger mächtigen Gruppe bei. In psychosozialen Beratungen und Therapie kann zwar oft von reflektierten und aufgeschlossenen BeraterInnen ausgegangen werden. Von einer systematischen Integration „anderer“ [H. i. O] kultureller Perspektiven in Beratungsmodelle, -ansätze, -methoden und Ausbildung kann aber noch keine Rede sein (ebd.: 80).

Obige Aussagen lassen daran zweifeln, ob die sozialpädagogische Unterstützung, welche MigrantInnen erfahren haben und erfahren, zu ihrer tatsächlichen und gleichberechtigten Integration in die Gesellschaft beigetragen hat und beiträgt. Gleichzeitig soll außer Frage gestellt werden, dass konkrete Hilfestellung zur Linderung individueller Not notwendig und sinnvoll ist.

Soziale Arbeit stellt sich in ihrer Relevanz für Integration auch in ihrem Umgang mit dem Verschiedenen dar. Werden Verschiedenheit und Vielfalt (Diversity) als selbstverständliche Eigenschaften von Gesellschaften gesehen, so befreit dies Einzelne und Gruppen vom Druck der Angleichung an eine Norm (Kleve 2001 o. S). Hilfestellung kann somit eher im emanzipatorischen Sinn erfolgen. Zeigt sich hingegen Sozialarbeit als normengeladene, normative Praxis, in der die Sozialarbeiter in Vertretung einer hegemonialen Gesellschaft als Norm-Richter die Normen für ein gelingendes Leben definieren, wird Hilfsbedürftigkeit als Normabweichung stigmatisiert. KlientInnen sollen dann ihr Leben so verändern, dass es der von den

SozialarbeiterInnen vertretenen gesellschaftlich akzeptierten Norm entspricht (ebd. o. S).

In Österreich lässt sich wahrnehmen, dass entgegen mancher öffentlicher Bekenntnisse wie „Integration ist ein Prozess, der die Aufnahmegesellschaft ebenso betrifft wie die Zugewanderten“, oder „Integration ist keine Einbahnstraße“, Gesetzgeber und Entscheidungsträger immer noch von einer homogenen Gesellschaft ausgehen. Diese Vorstellung hält sich wider besseres Wissen auch in Schulen sowie in vielen Bereichen der Verwaltung und in anderen öffentlichen Einrichtungen. Es würde überraschen, würde diese Einstellung nicht auch im sozialpädagogischen Kontext eine Rolle spielen. Das Konstrukt „Social Justice“ (mit „sozialer Gerechtigkeit“ zu übersetzen wäre dem Begriff nicht angemessen) legt den Fokus auf die Analyse von Herrschafts- und Machtverhältnissen und Diskriminierungsstrukturen auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Die theoretische Basis findet „Social Justice“ beim Philosophen Michel Foucault. Es geht um die Veränderung von Institutionen und Praxen hin zu anerkannter Verschiedenheit und Heterogenität. Das Ziel ist Anerkennungs- und Verteilungsgerechtigkeit. Diese zeigt sich in materieller, sozialer, kultureller und institutioneller Partizipation (ebd.).

3.2 Integration als interkulturelle Angelegenheit

Politik und Öffentlichkeit interessierten sich erst für Migrationsprobleme, als es gelang, diese als allgemein gültige gesellschaftliche Fragen zu reformulieren. Dies geschah meist unter dem Hinweis, dass die negativen Folgen von Desintegration die gesamte Gesellschaft berührten. Erst dann war die Politik bereit, Mittel zur Lösung zur Verfügung zu stellen. Der Nutzen aus der Bearbeitung von Migrationsproblemen sollte auf lange Sicht auch der Mehrheitsbevölkerung bzw. der gesamten Gesellschaft zugutekommen (vgl. Baraulina 2007: 28).

Mit der Zeit entwickelte sich die defizitäre Ausländerpolitik zu einer Integrationspolitik als Aufgabe der Kommunen. Im Mittelpunkt des so entstandenen Integrationsparadigmas sollte die Förderung des friktionsfreien Zusammenlebens der autochthonen und der zugewanderten Bevölkerung stehen. Dieses Zusammenleben wurde als interkulturelle Angelegenheit verstanden. Von Integrations-Maßnahmen sollten die Zugewanderten ebenso wie die Mehrheitsbevölkerung profitieren können (ebd.). An der Sichtweise, dass MigrantInnen weiterhin als problematischer bzw.

problemverursachender Teil der Bevölkerung wahrgenommen werden, hat sich mit dieser Definition von Integration als interkultureller Angelegenheit nichts verändert.

Die österreichische Bundesregierung bleibt bei ihrer restriktiven Zuwanderungspolitik für Zuwanderungswillige aus Drittstaaten. Nur Spitzenarbeitskräften wird es ermöglicht, Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung in Österreich zu erlangen. Allerdings wird die für Spitzenarbeitskräfte reservierte Quote nur zu etwa einem Viertel ausgeschöpft. Einer Liberalisierung des Arbeitsmarktes für dringend benötigte Personen im Gesundheits- und Facharbeitsbereich stehen Vertreter von AK und ÖGB weiterhin reserviert gegenüber. Der Spitzenpolitiker der FPÖ gar forderte exakt dieselbe Strategie für Arbeitsmigration wie in den 1960er Jahren, also befristete Arbeitsverhältnisse ohne die Möglichkeit, die Familie nachzuholen, und verpflichtende Ausreise mit Ende der Vertragsdauer, mit der scheinheiligen Begründung, dass Österreich keine Zuwanderung brauche, solange es noch Arbeitslose gäbe (Ö1 Interview 2010).

Populismus, Lernunwilligkeit und Realitätsverweigerung mancher Vertreter der Sozialpartner und mancher PolitikerInnen in Bezug auf Fragen der Migration und Integration sowie Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung sind erschreckend. Das in der Politik gern gebrauchte und beschönigende Motto „Integration statt Neuzuzug“ verhüllt nur oberflächlich die Abwehr, die Zuwanderungswillige und im Land schon länger Lebende unter anderem auf Grund der Gesetzeslage weiterhin erfahren müssen (Lammer/Gaulhofer 2009). Das interkulturelle Integrationsparadigma stellt sich mehrdeutig und inhaltlich kaum bestimmt dar (vgl. Baraulina 2007: 29). Je nach Wirkungsweise kann zwischen einem kompensatorischen und einem aktivierenden Integrationsangebot unterschieden werden.

3.2.1 Kompensatorische Integrationsangebote

Kompensatorische Angebote fokussieren den Ausgleich von sprachlichen, qualifikatorischen und sozialen Defiziten der Zugewanderten. Sie sollen Menschen bereit machen für den Arbeitsmarkt bzw. für weiterführende Bildungsmaßnahmen. Somit haben sie ihre Berechtigung und ihren Wert in einem begrenzten Rahmen. Exklusionsmechanismen der Mehrheitsgesellschaft wie Vorurteile, Diskriminierung, gesetzliche Hindernisse etc. können durch kompensatorische Maßnahmen nicht verändert werden. Die Potentiale der Zugewanderten werden unter Umständen dabei

vernachlässigt. Letztlich machen kompensatorische Maßnahmen nicht fit für die Gesellschaft, sondern mildern den Ausschluss ab (vgl. Baraulina 2007: 30).

Hier sei besonders auf die Dequalifizierung von MigrantInnen durch Nicht-Anerkennung von Bildungsabschlüssen hingewiesen. Manche hoch qualifizierten Personen bekommen Arbeitsangebote im Dienstleistungsbereich, obwohl sie beispielsweise Ausbildungen im Management-Bereich mitbringen.²

3.2.2 Aktivierende Integrationsangebote

Aktivierende Integrationsangebote zeichnen sich durch einen Ressourcen-orientierten Ansatz aus. Sie wollen die Potentiale der Zuwanderer berücksichtigen, darstellen und stärken bzw. Migration als Potential für die Aufnahmegesellschaft verstehen. Weiters sollen sie Zugewanderte zur Teilnahme an der Gesellschaft motivieren und ihre Teilnahme fördern.

Von MigrantInnen selbst initiierte Projekte gehören in diese Kategorie und deuten einen Perspektivenwechsel an: Nicht die Mehrheitsgesellschaft gestaltet ein Angebot für die MigrantInnen, sondern diese selbst werden in ihrer Angelegenheit aktiv. Als Beispiel dafür können Tage der offenen Tür gelten, in denen MigrantInnen-Verbände oder religiöse Gemeinschaften die Bevölkerung zum Besuch des sozialen bzw. religiösen Zentrums einladen. MigrantInnen setzen damit einen Schritt der Öffnung hin zur Mehrheitsgesellschaft. Sie gestalten meist ein Programm und stellen sich dem Gespräch und den auftretenden Fragen der BesucherInnen.³

² Folgende konkrete Beispiele seien dafür genannt:

Eine Zahnärztin aus Albanien absolviert in Österreich eine Altenpflege-Ausbildung, weil die Bildungsanerkennung in ihrem Grundberuf eine nicht zu bewältigende Hürde darstellt.

Eine junge Frau aus Tansania mit einem Abschluss in „Business Administration“ an einer amerikanischen Universität bekommt vom Arbeitsmarktservice nicht hinreichende Unterstützung, Arbeit im entsprechenden Bereich zu finden, sondern erhält das Angebot, eine Altenpflege-Ausbildung zu absolvieren.

Hier zeigen sich mehr oder weniger verdeckte Exklusionsmechanismen mit rassistischen und diskriminierenden Tendenzen, die Zugewanderte weiterhin in unteren Beschäftigungsverhältnissen sehen wollen.

³ In Freistadt hatte die muslimische Gemeinschaft den erstmals im Jahr 2006 stattgefundenen Tag der offenen Tür mit tatkräftiger Präsenz und Unterstützung von Muslimen aus Linz und Wien, die mit der Organisation solcher Tage schon Erfahrung hatten, gestaltet. Die seither jährlich angebotenen Tage der offenen Tür werden zunehmend von den Freistädter Gemeindemitgliedern eigenständig veranstaltet.

Aktivierende Angebote haben auch die Öffnung verschiedenster Institutionen für MigrantInnen zum Ziel. Als Beispiel sei die Wiener Polizei genannt, die 2007 eine Aktion zur Rekrutierung migrantischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Polizeidienst durchführte (orf.at). Eine solche Öffnung bedeutet einerseits einen Lernprozess für die gesamte Organisation, andererseits verlangt sie Anstrengungen von den MigrantInnen, die sich einer Rekrutierung stellen.

Auch Angebote, in denen Institutionen lernen, mit der Heterogenität ihrer Klientinnen und Klienten gut umzugehen, können als aktivierend bezeichnet werden. Hier ist das Entwickeln von Unterrichtsmaterialien von drei oberösterreichischen Sozialbetreuungsschulen für eine kultursensible Betreuung Älterer zu nennen (Land OÖ, Caritas, Diakonie 2008).

Werden sogenannte aktivierende Projekte genauer betrachtet, so stellt sich heraus, dass diejenigen, die sich ausschließlich auf Migrantinnen und Migranten konzentrieren, häufig vorkommen, wie z.B. ein Angebot in Wiener Neustadt an Migrantinnen, Fahrrad fahren zu lernen.

Ob ausschließlich an MigrantInnen gerichtete Angebote ein Empowerment bzw. eine Aktivierung für die betreffende Personengruppe bedeuten, oder die Kompensation eines Defizits darstellen, kann nur unter Berücksichtigung des gesamten Kontextes eingeschätzt werden. Maßgeblich für die Unterscheidung ist der Grad der Selbstbestimmung und Eigeninitiative in der Organisation einer solchen Aktivität.

3.3 Abschließende Überlegungen zu sozialpädagogischen, kompensatorischen und aktivierenden Integrationsmaßnahmen

Projekte, die einen gemeinsamen Lernprozess der zugewanderten wie der autochthonen Bevölkerung fokussieren, sind im kommunalen Bereich selten zu finden. Mit Lernprozess soll hier nicht Aufklärungsarbeit sowie Appelle an die gegenseitige Offenheit und Toleranz gemeint sein. Integration als Lernprozess zu sehen, der die Aufnahmegesellschaft und die Zugewanderten gleichermaßen betrifft, ist ein noch zu entwickelndes Integrations-Paradigma.

Die differenzierende Darstellung von Integrationsstrategien als sozialpädagogische, kompensatorische oder aktivierende Maßnahmen thematisiert nicht Machtungleichheit und ungleichen Zugang zu Ressourcen in der Gesellschaft. Eine Anerkennungs- und Verteilungsgerechtigkeit ist in der obigen Klassifizierung nicht notwendigerweise zu finden und wird von dieser auch nicht explizit gefordert. Allerdings kann diese Klassifizierung einen unmittelbar verständlichen Zugang zum Hinterfragen der Zielsetzungen und der Evaluierung von Wirkungsweisen von Integrationsmaßnahmen bieten. Aus diesem Grund hat sie eine transitorische Berechtigung und wird zur Evaluierung der Integrationsmaßnahmen in Freistadt herangezogen.

4 Strukturelle Machtungleichheit und Disziplinierung aus philosophischer Sicht

Der französische Philosoph Michel Foucault (1926 - 1984), der sich selbst als „Archäologe, Genealoge oder Ethnologe der abendländischen Kultur“ (Sarasin 2005: 9) sieht, stellt gesellschaftlich und politisch legitimierte Ausübung von Macht in seinen Werken tief und facettenreich dar. In „Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses“ beschreibt er den Weg der Bestrafung von der körperlichen Züchtigung zur Entwicklung von Zucht-Häusern als Überwachungs- und Disziplinierungssysteme: Schulen, Kasernen, Betriebe, Krankenhäuser. Er untersucht und beschreibt die Veränderungen der Machtverhältnisse und Machttechnologien in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und liefert eine genealogische Erklärung für die Modernitätsschwelle, einen Bruch zwischen dem 18. und 19. Jahrhundert bedeutet, der sich unter anderem in einem Übergang von Strafe in Form von körperlicher Züchtigung und Marter zur Entwicklung der totalen Institution Gefängnis (ebd.:126ff) zeigt. Das Gefängnis war für Foucault nicht nur Gegenstand theoretischer und historischer Reflexion. Er war im Lauf seines Lebens auch persönlich mit Gefängnis konfrontiert und hatte blutige Polizeigewalt miterlebt. Repression und gerichtliche Verfolgung nach den Studentenunruhen im Mai 1968 in Paris waren ein unmittelbarer Anlass für sein Engagement für Inhaftierte im Gefängnisystem des gaullistischen Frankreich. Trotz seiner Aussage, dass er eine effektive Arbeit in Form von konkreten politischen Aktionen zugunsten Gefangener „dem universitären Geschwätz und dem Büchergekratz“ (ebd.: 125) vorziehen wolle, veröffentlichte er im Februar 1975 sein Werk *Surveiller et punir. La Naissance de la Prison*.

Ein Einblick in dieses Werk soll ein tieferes Verständnis für die Mechanismen von Macht in Politik und Gesellschaft und für die Praxis der Gesetzgebung auch in Bezug auf Migration und Integration ermöglichen.

4.1 Monarchenrecht zeigt sich in der „peinlichen Strafe“

Bis zum späten 18. Jahrhundert war die „peinliche Strafe“ als strafende und rächende Justiz (Folter und Peinigungen jeder Art sowie Hinrichtung in unterschiedlichen Graden der Qual) als politisches Ritual und als Demonstration der Macht des Herrschers zu verstehen. Ein Delikt wurde über den Angriff auf das unmittelbare Opfer hinaus auch als Angriff auf den Souverän als die Instanz, die Gesetze erlässt, verstanden (Foucault 1976: 63). Diese Form der Gerichtsbarkeit war auch Ausdruck eines Produktionssystems, in dem der Körper bzw. seine Arbeitskraft nicht die Nützlichkeit und den „Marktwert“ haben wie in einer industriellen Ökonomie. Auch Epidemien, Hunger, eine ungeheure Kindersterblichkeit und die Einstellung des Christentums zum Tod bewirkten eine „Verachtung“ (ebd.: 72 H. i. O) des Körpers und eine Vertrautheit mit dem Tod, die dazu beitrugen, dass Rituale der Marter bei der Hinrichtung als Schauspiel für das Volk angeboten wurden. Gleichzeitig war das Volk Hauptperson bei den Marterzeremonien. Nur mit seiner Zeugenschaft war die Statuierung eines Exempels und die Terrorwirkung der an den Schuldigen wirkenden Macht gewährleistet (ebd.:72 fff). Nicht immer verhielt sich das Volk aber im Sinn der Staatsmacht. Manchmal fühlte es sich den Bestraften, die angesichts der Hinrichtung ungehemmt gegen Gott und die Mächtigen lästerten, nahe und verbündete sich mit ihnen, was mit einer Rettung des Delinquenten und dem Totschlag des Henkers enden konnte (ebd.:79). Einen weiteren Unsicherheitsfaktor im Strafrecht stellte das Gnadenrecht dar, das der Herrscher gewähren konnte.

Volksunruhen und ein allgemeiner Protest gegen das Monarchenrecht sind Gründe, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zunehmend Proteste gegen die peinliche Strafe verursachten. Im Zuge der Aufklärung entstand die Forderung nach Mäßigung und Menschlichkeit, aber auch grundsätzlich Kritik an der „Dysfunktionalität der Macht“ (ebd.: 99f), die sich in einer Lähmung der Justiz durch falsche Verteilung der Macht in Form eines übermächtigen Herrschers und bestechlichen Inhabern von Ämtern zeigte.

4.2 Von der Kunst des Strafens als einer Ideologie der Vorstellung zum dressierten Körper in der Kerkerinstitution

Im Lauf des 18. Jahrhunderts bildet sich, beeinflusst von Philosophen, Publizisten und Juristen, eine neue Strategie in Form einer „ideologischen Gewalt“ als eine „neue politische Anatomie“ (ebd.: 131) zur Ausübung der Strafgewalt aus.

Und die eigentliche „Reform“, die sich in den Rechtstheorien und in den Projekten niederschlägt, ist die politische und philosophische Version jener Strategie, deren erste Ziele sind: daß aus der Bestrafung und Unterdrückung der Ungesetzlichkeit eine regelmäßige und die gesamte Gesellschaft erfassende Funktion wird; daß nicht weniger sondern besser gestraft wird; daß vielleicht mit einer gemilderten Strenge, aber jedenfalls mit größerer Universalität und Notwendigkeit gestraft wird; daß die Strafgewalt tiefer im Gesellschaftskörper verankert wird (ebd.: 104).

In dieser politischen Anatomie wird der Körper in Form einer „neuen Politik des Körpers“ (ebd.: 133) auf eine neue Weise zur Hauptperson.

War im Monarchenrecht der Körper gebrandmarkt worden, so sollte nach dem Willen der Reformjuristen eine Markierung der Individuen mit Zeichen und codierten Vorstellungskomplexen zum Zweck der Verhinderung neuer Vergehen erfolgen. Über die Vorstellung wollten sich diese Reformer den Zugriff auf das Individuum erzwingen. Die Organisation der Strafgewalt sollte auf einer präventiven, utilitaristischen und korrektiven Konzeption des Rechts zum Strafen aufbauen. Sie sollte in der ganzen Gesellschaft in Umlauf und zu allgemeiner Anerkennung gebracht werden und so in der Vorstellung wirken (ebd.:164fff).

Nicht diese Technik der Macht setzte sich schließlich durch, sondern das Projekt der Kerkerinstitution, in dem die Bestrafung eine Technik des Einzwängens der Individuen ist. In ihr wird mit Dressurmethoden gearbeitet, die durch die Veränderung des Verhaltens ihre Spuren im Körper und in der Seele hinterlassen (ebd.: 169f).

4.3 Disziplin – Das Durchschaubar- und Nützlich-Machen der Individuen durch minutiöse Arbeit an ihren Körpern

In der Idealfigur des Soldaten manifestiert sich der „gelehrige Körper“, der durchschau- und analysierbar und auch manipulier- und ausnutzbar ist. Die Methoden für die Formierung sind einerseits auf Mediziner und Philosophen, andererseits auf Militär-, Schul- und Spitalreglements aufbauend. Foucault betont die Unterschiedlichkeit dieser beiden „Register“ der Unterwerfung und Nutzbarmachung und der Funktion und Erklärung, sieht aber Überschneidungen in Form einer strukturellen Gelehrigkeit.

Gleichwohl gibt es Überschneidungen. Der *Homme-machine* von La Mettrie [Anm. d. Verf: Französischer Arzt und Philosoph des 18. Jahrhunderts] ist sowohl eine materialistische Reduktion der Seele wie eine allgemeine Theorie der Dressur, zwischen denen der Begriff der „Gelehrigkeit“ herrscht, der den analysierbaren Körper mit dem manipulierbaren Körper verknüpft. Gelehrig ist ein Körper, der unterworfen werden kann, der ausgenutzt werden kann, der umgeformt und vervollkommen werden kann (ebd.: 174)

Dieser gelehrige Körper wird im 18. Jahrhundert „en detail“ und nicht wie früher „en gros“ behandelt. Fein abgestimmter Zwang bezüglich Bewegung, Gesten, Haltungen, Geschwindigkeiten wird ausgeübt. Es geht nicht mehr um Verhalten, sondern „um Ökonomie und Effizienz der Bewegungen und ihrer innerer Organisation“ (ebd.: 175). Die Ausübung von Zwang und Kontrolle zeigt sich in der „Übung als einzig wirklich bedeutsamer Zeremonie“, und in einer „Durchführungsweise, die in einer durchgängigen Zwangsausübung besteht, die über die Vorgänge genauer wacht als über das Ergebnis und die Zeit, den Raum, die Bewegungen bis ins kleinste codiert“ (ebd.). Diese Methoden nennt Foucault die „Disziplinen“. Disziplinarprozeduren hatte es in Klöstern, in den Armeen und in den Werkstätten schon lange gegeben, aber im 18. Jahrhundert wurden sie zu allgemeinen Herrschaftsformen (vgl. ebd.: 176).

Dieses Eingehen der menschlichen Körper in eine Machtmaschinerie nennt Foucault eine „politische Anatomie“ oder eine „Mechanik der Macht“. Sie geht nicht plötzlich vonstatten, sondern zeigt sich in einer Vielzahl von verschiedenartigen und geringfügig erscheinenden Prozessen, die in Werkstätten, in Grundschulen, Kollegs, im Spitals- und im Militärwesen vor sich gehen. „Kleine Hinterlistigkeiten von großer Verbreitungsmacht; subtile Maßnahmen von scheinbarer Unschuld [...] sind es, welche die Mutation des Strafwesens an der Schwelle zur Moderne durchgesetzt haben“. (ebd.: 178f)

4.4 Disziplin – Die Mittel der guten Abrichtung

Die Mechanik der Macht benutzt als Werkzeuge die hierarchische Überwachung, die normierende Sanktion, und die Prüfung, wobei diese die ersten beiden Mittel in sich vereint. Die Disziplinarprozedur der Prüfung ist in Disziplinaranstalten stark ritualisiert.

Im Krankenhaus zeigt sich die Prüfung in Form der Visite des Arztes. Dieses sich von der geregelten Beobachtung zur Überprüfungssituation für Patienten entwickelnde Ritual hatte zur Folge, dass dem Ordens- und später dem Krankenpflege-Personal allmählich eine untergeordnete Rolle in Form von Unterstützung des Arztes bei den Überprüfungen (Untersuchungen, Diagnose-Stellungen) zufiel. Das Spital, welches Ort

der Fürsorge und Pflege war, wurde zur Stätte der (medizinischen) Erkenntnisbildung (vgl. ebd.: 238ff).

In der Schule bestimmt die Prüfung häufig den gesamten Unterricht. Im ständigen Vergleich zwischen dem Einzelnen und allen anderen ist die Prüfung zugleich Messung und Sanktion. Nach Foucault hat „die „Prüfungsschule“ den Beginn einer als Wissenschaft auftretenden Pädagogik markiert“ (ebd.: 240f).

Inspektionen und Manöver in der Armee haben Prüfungscharakter, der taktisches Wissen generiert, das sich in den kommenden Kriegen bewähren konnte (ebd.: 241).

Die Disziplinarmacht bleibt in der Prüfungssituation unsichtbar.

In der Disziplin sind es die Untertanen, die gesehen werden müssen, die im Scheinwerferlicht stehen, damit der Zugriff der Macht gesichert bleibt. Es ist gerade das ununterbrochene Gesehenwerden, [...] was das Disziplinarindividuum in seiner Unterwerfung festhält (ebd.: 241).

Weiters macht die Prüfung die Individualität dokumentierbar und macht mit Hilfe ihrer Dokumentationstechniken aus jedem Individuum einen „Fall“ (ebd.: 243ff).

4.5 Disziplin durch einen permanenten Sichtbarkeitszustand

Das Panoptikum als Funktionsmodell einer Disziplinierungsanlage ist eine architektonische Gestalt in Form eines ringförmigen Gebäudes mit einem Turm in der Mitte. Vom Turm aus können einsehbare Zellen überwacht werden, die einem Käfig bzw. einem Theater gleichen, in dem jeder Akteur allein und ständig sichtbar ist, ohne selbst sehen zu können. Dieses sich im Panoptikum darstellende Parzellieren des Raumes und Überwachens jedes einzelnen Individuums war im 17. Jahrhundert eine Maßnahme zur Beherrschung der Pest. Jede geringste Bewegung wurde kontrolliert und jedes Ereignis registriert (vgl. ebd.: 251fff). Sind die Insassen so eines Panoptikums Sträflinge, so besteht keine Gefahr einer Meuterei oder eines kollektiven Ausbruchversuches. Sind es Kranke, besteht keine Ansteckungsgefahr, sind es Irre, können sie sich nicht gegenseitig gefährden, sind es Kinder, können sie nicht voneinander abschreiben oder schwätzen (ebd.: 257f).

Die Schaffung eines fortwährenden Sichtbarkeitszustandes stellt das automatische Funktionieren der Macht sicher und entindividualisiert die Einzelnen. Foucault erwähnt den beträchtlichen Unterschied zwischen der verpesteten Stadt – in ihr ist die Überwachung ein Ausnahmezustand – und dem Panoptikum „als ein

verallgemeinerungsfähiges Funktionsmodell, [...] das die Beziehungen der Macht zum Alltagsleben der Menschen definiert“ (ebd.: 263), und das sich in jede Funktion, ob Erziehung, Heilung, Produktion oder Bestrafung, integriert:

Das „Unter Beobachtung-Stellen“ ist die natürliche Verlängerung einer von den Disziplinarmethoden und Überprüfungsverfahren erfaßten Justiz. Daß das Zellengefängnis mit seinem Zeitrhythmus, seiner Zwangsarbeit, seinen Überwachungs- und Registrierungsinstanzen, seinen Normalitätslehrern, welche die Funktionen des Richters fortsetzen und vervielfältigen, zur modernen Strafanlage geworden ist – was ist daran verwunderlich? Was ist daran verwunderlich, wenn das Gefängnis den Fabriken, den Schulen, den Kasernen, den Spitälern gleicht, die allesamt den Gefängnissen gleichen? (ebd.: 292).

4.6 Spuren von „Überwachen und Strafen“ in der Migrations-Gesetzgebung

Foucaults Ausführungen schärfen die Wahrnehmung für alle offenen und versteckten Manifestationen von Macht und Disziplinierung und ihren Auswirkungen in allen Bereichen des Lebens. Diese Arbeit sucht den Bezug zur Gesetzgebung, welche Aufenthalts- und Arbeitsrecht für Zuwanderungswillige oder Schutzsuchende regelt.

Die bei Foucault mit dem Monarchenrecht verbundene „Dysfunktionalität der Macht“ (ebd.: 99) zeigt sich in unserer Zeit beispielsweise in der unübersichtlichen Gesetzeslage bezüglich Aufenthaltsrecht. Ein Bleiberecht wird manchen Menschen als Gnadenrecht, für das es keinen Rechtsanspruch gibt, gewährt. Bestimmungen für die Erlangung der Staatsbürgerschaft werden immer wieder verändert, sodass manche mit dem Erbringen immer neuer Leistungen nicht nachkommen und schließlich auf den Erwerb der Staatsbürgerschaft verzichten.

Die Einschränkung der Reise- und Aufenthaltsfreiheit und die Kontrolle von Wanderungsbewegungen mittels Sichtvermerken lassen an das Funktionsmodell des Panoptikums denken. Vielfältige Möglichkeiten der Überwachung in elektronischer Form machen nicht mehr vor der Wahrung von Bürger- und Persönlichkeitsrechten aller Menschen Halt. Ein Zugriff auf die Körperlichkeit eines jeden Einzelnen zeigt sich in der Speicherung von biometrischen Daten. Überwachung ist kein Ausnahmezustand mehr im Sinnbild der „verpesteten Stadt“, sondern zur dauerhaften Einrichtung geworden. Überbordende Dokumentation verschlingt personelle Ressourcen, die in Form von direkter Unterstützung im Gesundheits- und Sozialbereich und in der Bildung immer weniger zur Verfügung steht, und macht aus Personen „Fälle“.

NormalitätslehrerInnen, die in der Politik, in der Bildung und im Gesundheitsbereich etc. anzutreffen sind, sind selbst Betroffene von Disziplinierungen und Durchleuchtungen und überzeugen fortwährend Andere von der „Richtigkeit“ der immer neuen Einschränkungen und Auflagen. Im Versuch, zu identifizieren, wer diese NormalitätslehrerInnen sind, können wir uns selbst entdecken. Foucault wollte vielleicht dieser Falle des selbst in den Dienst von Zwang und Disziplin Gestellt Seins durch effektive politische Arbeit für Inhaftierte entgehen, anstatt „Büchergekritzel“ zu betreiben. Trotzdem ist sein Werk „Surveiller et punir. La Naissance de la Prison“ (1975) entstanden.

5 Interkulturelle Kommunikation und interkulturelles Lernen

Interkulturelle Kommunikation und interkulturelles Lernen sollen mittels der Definierung der einzelnen Begriffe wie Kultur und Interkultur sowie Lernen anhand der Literatur einander gegenübergestellt und in Verbindung gebracht werden. Die Brauchbarkeit dieser Begriffe für integrative Maßnahmen in Kommunen und ihre oft routinemäßige Verwendung soll kritisch betrachtet werden.

5.1 Kultur und kulturelle Zuschreibungen

Treten Menschen, die sich ihrer Unterschiedlichkeit bewusst sind, miteinander in Kontakt, so scheinen sie sich einem kommunikativen Prozess eher gewachsen zu fühlen, wenn sie ihre vermeintliche oder tatsächliche Unterschiedlichkeit nicht in ihrer Individualität begründet sehen, sondern diese mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kultur legitimieren können.⁴ Der Begriff „Kultur“ wird oft in einer stereotypen und wenig aussagekräftigen Weise verwendet. „Bei uns“ ist das oder jenes so und ganz anders als „bei euch“, weil wir eine andere Kultur haben als „ihr“, ist sinngemäß eine immer wieder gehörte Aussage. Damit kann suggeriert werden, dass dieses „wir“ und „ihr“ und sämtliche Konstruktionen, die hinter solchen Zuschreibungen stehen, eine Legitimierung durch den Bezug zu einer „Kultur“ bekommen.

⁴ Eigene Erfahrung der Autorin bei zahlreichen interkulturellen Begegnungen und Aushandlungsprozessen.

5.1.1 Kulturdimensionen und Kulturstandards

Es gab und gibt zahlreiche Versuche, Kultur als Begriff und Kulturen als solche differenzierend zu beschreiben. In der Folge möchte ich die Aussagen von A. Thomas und G. Hofstede zu Kultur kritisch hinterfragen.

Kulturdimensionen (vgl. Hofstede 2001) und Kulturstandards (vgl. Thomas 2003) wollen Kulturen miteinander vergleichbar machen. Die Autoren gehen von Standards bzw. Dimensionen aus, die in jeder Kultur zu finden sind. Über die Verfremdung der Benennung von Dimensionen oder Standards soll ermöglicht werden, ausgehend vom Verständnis und der Reflexion des eigenen kulturellen Hintergrundes, auch eine fremde Kultur/fremde Kulturen besser zu verstehen. Diese vergleichenden Kultur-Modelle bergen die Gefahr der Stereotypisierung in sich. Die Wahrnehmung kann durch das Kennenlernen der Standards geprägt und in bestimmte Bahnen gelenkt werden. In einem Konfliktfall kann durch das Verhaftet Sein in einer kulturellen Perspektive die konkrete Person aus dem Auge verloren werden. (Keding 2006: 336ff)

Beide Autoren bezeichnen Kultur als eine Art „kollektives Programmierung des Bewusstseins“ (Hofstede 2001) bzw. eines „kollektiven Bewusstseins der Bevölkerung“ (Thomas 2003):

„Nationalkultur kann man definieren als die Kultur, in die eine große Anzahl von Menschen, die einer Nation per Geburt angehören oder sich ihr zugehörig fühlen, im Verlauf der Geschichte entwickelt haben und als für sie verbindlich und daseinsbestimmend definieren. Die Nationalkultur verkörpert so etwas wie das kollektive Bewusstsein der Bevölkerung, genauer: die tradierten Werte, Normen, Verhaltensregeln (Sitte, Gesetz, Brauch) und ethisch-moralische Überzeugungssysteme (Religion) sowie die daraus abgeleiteten Welt- und Menschenbilder“. (Thomas 2003:26)

Die Sichtweise von Kultur als Kollektivität des Bewusstseins kann nicht ausschließen, dass dieser Zugang zu Kultur einen Gleichschaltungsprozess meinen könnte, dem alle Menschen unterworfen sind, sofern sie zu einer Kultur dazu gehören oder sich zu einer Kultur bekennen. (Hofbauer 2009: 12). Ein solches Kulturverständnis bezieht die lebenslange Fähigkeit eines jeden Menschen, immer weiter lernen und sich entwickeln zu können, nur in begrenztem Umfang ein. Sich auch über die ursprüngliche Sozialisation, die in einem bestimmten sozialen Gefüge, das man Kultur, Lebenswelt oder Lebensform nennen kann, hinaus zu einem eigenständigen Individuum zu entwickeln, könnte als Fähigkeit zur „Selbstkultivierung“ (ebd.: 13) bezeichnet werden. Wege dazu werden in einer zeitgemäßen Pädagogik sowie Methodik/Didaktik aufgezeigt.

Diese Abschiede von intellektualistischen und linearen Vermittlungslegenden bereiten den Weg zu ermöglichungsdidaktischen Konzepten, für welche der systemisch-konstruktivistische Gedanke der Selbstorganisation des Bewusstseins grundlegend ist. (Arnold 2007: 213)

Die Fähigkeit, lebenslang zu lernen und für das eigene Lernen die Verantwortung zu übernehmen, steht jedem Menschen offen und zeichnet Menschen aus (ebd.: 215ff).

5.1.2 Der erweiterte und offene Begriff von Kultur als Lebenswelt

Einen anderen Zugang zu Kultur bietet Jürgen Bolten mit seinem Begriff der „Lebenswelt“. Diese sieht er in Abgrenzung zu einem eng gefassten Kulturbegriff, den er kritisch als Hochkultur im Sinn von Kunst und Geisteskultur vertreten sieht. Die so genannte Hochkultur erscheint suspekt, weil diejenigen, die solche Kultur bzw. Kulturgüter hervor bringen oder sich an diesen erfreuen bzw. sie nutzen und weiter entwickeln, diese Werke in elitärer Vermessenheit den Werken Anderer (anderer Kulturen?) als überlegen darstellen könnten; mehr noch, diese Kulturgüter und Erkenntnisse den „nicht Kultivierten“ als die einzige Form der Wirklichkeit oder Wahrheit aufdrängen wollten. (Bolten 2007:10ff). Solches ist in der Geschichte vielfach und in erschreckendem Ausmaß passiert und passiert weiterhin. Als Beispiel kann Kolonialisierung und Missionierung gelten. Es mag aber kritisch angefragt sein, ob die Ursache für Ethnozentrismus, Nationalismus oder Rassismus tatsächlich, oder auch nur hauptsächlich, im Trieb nach künstlerischem Ausdruck und Geistesstreben liegen mag. Bolten selbst steht der Tatsache, dass Kunst und Kultur oft synonym verwendet und obige Missverständnisse und Missinterpretationen dadurch erst möglich werden, kritisch gegenüber:

Gesellschaft hat keine Kultur, sondern ist Kultur. Als Kultur hat sie wiederum eine Kunstszene: In diesem Sinn wäre es zur Vermeidung von begrifflicher Mehrdeutigkeit hilfreich auch von Kunst [und nicht von Kultur, Hervorh. d. Verf.] zu sprechen, wenn man Kunst meint (ebd.: 14).

Ein erweitertes und offenes Verständnis von Kultur stellt für Bolten die Grundlage für Prozesse kulturübergreifenden Handelns dar. Dafür hat Bolten den Ausdruck **Lebenswelt** geprägt.

Dieser lebensweltlich orientierte Kulturbegriff ... ist nicht auf das vermeintlich „Besondere“ eingeschränkt, sondern umfasst alle [Hervorh. i. O.] Lebensäußerungen. Hierzu zählt Religion, Ethik, Recht, Technik, Bildungssysteme, materielle und immaterielle Produkte ebenso wie [...] Umweltprobleme.[...] Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der erweiterte bzw. lebensweltlich definierte Kulturbegriff weniger ausgrenzt als

integriert, dass ihm keine zeitlos-statische, sondern eine historisch-dynamische Bedeutung eigen ist, und dass er sich Wertungen entzieht. (Bolten 2007: 13)

Der Verweis auf die historisch-dynamische Bedeutung des Lebenswelt-Begriffes lässt auf die Vorläufigkeit und Wandelbarkeit seines Verständnisses von Kultur schließen. Diesen Aspekt hat Bolten in der Folge besonders hervorgehoben und beschrieben.

Interkultur entsteht folglich dann, wenn Mitglieder unterschiedlicher Lebenswelten A und B miteinander interagieren, gemeinschaftlich handeln. Umgekehrt existieren Interkulturen auch nur in Abhängigkeit von den daran Beteiligten. Aus diesem Grund „ereignen“ sie sich. Interkulturen werden permanent neu erzeugt, und zwar im Sinne eines Dritten. (ebd.: 22)

Diese „Zwischen-Welt“, die weder der Lebenswelt A noch B entspricht, bricht ab und wird neu aufgenommen bei einem weiteren „interkulturellen Ereignis“, das heißt bei einer neuerlichen Begegnung und neuerlichen Aushandlungsprozessen. Die Wirkung dieser lebensweltlichen Gestaltungs-Erfahrungen auf die beteiligten AkteurInnen könnte, bei deren entsprechender Offenheit und Reflexivität, zu einem Prozess der „Selbstkultivierung“ bzw. des Lernens und der Selbstorganisation führen. (siehe oben) Das Lernpotential, das in diesen Aushandlungsprozessen auf dem Weg zum sich Ereignen von Interkultur liegt, drückt Bolten in dem Satz aus: „Vielmehr kann in dieser Begegnung im Sinn eines klassischen Lerneffekts eine vollständig neue Qualität, eine Synergie, entstehen, die für sich weder A noch B erzeugt hätten“ (ebd.) Hier kann ein Ansatzpunkt für das Paradigma der „Integration als Prozess des interkulturellen Lernens“ im Sinn eines gemeinsamen Lernprozesses der zugewanderten wie der autochthonen Bevölkerung gefunden werden.

5.1.3 Transkultur oder die Auflösung der Kulturen

Für eine Reform des Begriffes der Kultur bzw. Interkultur plädiert Wolfgang Welsch, wenn er behauptet, dass „die Kulturen von heute, die Kulturen nach dem Ende der traditionellen Kulturen“ von diversen „**Lebensformen**“ (Welsch1992) abgelöst worden sind. Welsch zeigt in seinem Essay auf, dass sich der heute gebräuchliche Kulturbegriff als Generalbegriff, der alle menschlichen Lebensäußerungen umfasst, erst im späten 17. Jhdt. gebildet hat. Johann Gottfried Herder baute diesen Kulturbegriff im späten 18. Jhdt. in Zusammenhang mit einer Nation aus. Innerhalb der geographischen Grenzen dieser Nation lebt ein Volk (eine Ethnie?) mit eben dieser spezifischen Kultur, die auch eine bestimmte Sprache und Religion beinhaltet. Die Vorstellung von einer Nationalkultur lebt heute in der nicht unproblematischen Auffassung von einer „Leitkultur“ mit einem bestimmten Wertekonsens weiter (Tibi 2001).

Welsch kritisiert am Begriff der Interkultur, dass diese immer noch vom überholten Bild der Kulturen, die voneinander abgegrenzt existieren, ausgeht. Er bezweifelt, dass es die Einheitlichkeit und Begrenztheit von Kulturen je gegeben hat. An dieser Vorstellung festzuhalten berge die Gefahr des kulturellen Rassismus in sich. Welsch führt den Begriff der Transkultur ein, mit dem er dem weltweit vernetzten „Kulturengefüge“, der Hybridisierung der Kulturen, gerecht werden will. Durch die vollständige Vermischung der Kulturen, des sich gegenseitigen Durchdringens und hindurch Gehens, sieht er das alte Innen-Außen-Konzept der Kulturen aufgelöst. Die Kulturträger von morgen sind nach seiner Meinung „Crossculture People“, also von Mischungen charakterisierte Personen (ebd.: 14ff).

Trotz seiner überzeugenden Kritik am allgemeinen Kulturbegriff kann auch Welsch nicht auf den Begriff Kultur selbst verzichten. Einen modus vivendi mit den dargestellten Begrifflichkeiten mag folgender Textauschnitt aufzeigen:

Rückt man ... die trennende Konnotation von „inter“ nicht zu sehr in den Mittelpunkt, so wird man auf die Bedeutung der Interkulturalität zurückgreifen können, die jede Art der Auseinandersetzungen mit den Wechselbeziehungen zwischen den Kulturen beschreibt. Diese Kulturen können dabei im ethnologischen Sinne definiert werden sowie im Sinne der kleineren Formationen innerhalb großer nationaler Kulturen, die zum Teil im transkulturellen Sinn – wenn auch variierend – quer durch nationale Kulturen gehen, man denke an die Hip-Hop-Kultur, an die Fantasy-Kultur und an eine lange Reihe anderer Kulturen, deren Verbreitung die nationalen Grenzen ignoriert, missachtet, sprengt. (Iljassova 2008: 13)

Für die Integrationsarbeit in Kommunen wird letztlich nicht eine Auseinandersetzung über Begrifflichkeit, sondern die gelingende Gestaltung gemeinsamer Lebensformen oder Lebenswelten der handelnden AkteurInnen von Bedeutung sein.

5.2 Interkulturelles Lernen

Neben vielen unterschiedlichen Zuschreibungen an den Begriff Integration (siehe unten) kann Integration auch als gelingendes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und als Bereitschaft, unterschiedliche Lebenswelten anzuerkennen und an ihnen teilzuhaben, verstanden werden. Nach Bolten wäre das als „Lerneffekt“ für alle am Prozess Beteiligten zu sehen.

5.2.1 Interkulturelles Lernen als Gesprächsarbeit

Die Untersuchung des Forschungsgegenstands „Interkulturelles Lernen“ hat die Wissenschaftlerin und Referentin für Interkulturelle Kompetenz, Kirsten Nazarkiewicz, in ihrem Buch „Interkulturelles Lernen als Gesprächsarbeit“ (2010) dokumentiert. Sie

zeigt Strategien auf, die in einschlägigen Seminaren bei den Teilnehmenden interkulturelles Lernen fördern. Am Beginn ihrer Überlegungen steht die Frage, wie Interkulturelles Lernen überhaupt „möglich“ sein kann, das heißt, „inwieweit kollektive symbolische Weltdeutungen verändert werden können“ (Nazarkiewicz 2010: 9). Ihre Beobachtungen beziehen sich ausschließlich auf interkulturelle Bildungsveranstaltungen, wobei sie die Aussagekraft der Ergebnisse ihrer Untersuchungen nicht auf diese beschränkt wissen möchte. Unter Kultur versteht die Autorin „einen Interpretations- und Wissensvorrat, der durch lebensweltliche Routinen und kommunikative Praxis entstanden ist und in der Interaktion permanent performativ reproduziert wird“ (ebd.: 13). Sie würde es vorziehen, von „Kulturreflexivem Lernen“ anstatt von „Interkulturellem Lernen“ oder auch „Interkultureller Kompetenz“ zu sprechen, akzeptiert aber, dass diese zu feststehenden Begriffen geworden sind.

Kirsten Nazarkiewicz gibt einen ausführlichen Überblick über verschiedene Ansätze und Methoden in der interkulturellen und antirassistischen Weiterbildung und sucht in der gesprächsanalytischen Trainingsforschung einen Anschluss zum Thema Interkulturelles Lernen. Der konstruktivistischen Erwachsenenpädagogik, die jegliches Deutungslernen als Interkulturelles Lernen versteht, wirft sie einen zu aufgelösten Kulturbegriff vor, in dem das Medium Kommunikation, mit welchem Deutungsmuster erzeugt und verhandelt werden, verloren geht (ebd.:82-87). Einen zielführenden Ansatz für Interkulturelles Lernen findet die Autorin in der Ethnomethodologie. Diese beinhaltet, dass Verständigung oder Verständnis zum Erreichen einer sozialen Ordnung oder eines kulturellen Wertesystems nicht durch einen kognitiven Konsens erreicht wird, sondern interaktiv und kommunikativ realisiert werden muss (ebd.: 88-94).

Die Relevanz der Ausführungen von Nazarkiewicz liegt vor allem in der grundsätzlichen Infragestellung der Möglichkeit von Interkulturellem Lernen. Es wurde ein differenzierter und ausführlicher Überblick über interkulturelle Bildungsarbeit geboten. Dieser kann auch für die Konzepterstellung von aktivierenden Integrationsprojekten, die Interkulturelles Lernen fokussieren, und für die Planung von kommunalen interkulturellen Bildungsangeboten eine wertvolle Hilfe sein.

6 Integration

In diesem Kapitel wird der Begriff Integration in Bezug auf das Integrationsleitbild des Landes OÖ erläutert. Dann folgt die Kritik am Integrationsbegriff des deutschen

Publizisten Mark Terkessidis. Anschließend werden die Sichtweisen bezüglich Integration bei Terkessidis und dem Integrationsleitbild OÖ einander gegenüber gestellt.

Terkessidis hat einen griechischen Migrationshintergrund und lebt in Deutschland. Als Publizist nimmt er immer wieder pointiert, unter anderem in seiner letzten Publikation „Interkultur“ (2010), zu Integrationsfragen Stellung.

Der Verfasser des Integrationsleitbildes des Landes OÖ, Kenan Güngör, hat kurdisch-deutschen Migrationshintergrund und lebt in Wien. Es ist anzunehmen, dass sich seine Sichtweise zur Migrations- und Integrationsthematik im oberösterreichischen Leitbild ausdrückt. Güngörs Zugang zur Thematik ist ein soziologischer, Terkessidis` Zugang ein kulturpublizistischer. Um das oberösterreichische Integrationsleitbild vergleichend einschätzen zu können, bietet sich Terkessidis auf Grund mancher Ähnlichkeiten (Migrationshintergrund), aber auch mancher Unterschiede (kulturpublizistischer Zugang) zu Güngör an. Seine Publikation erschien auch auf Grund der zeitlichen Aktualität für eine Gegenüberstellung mit dem Integrationsbegriff im Leitbild geeignet.

6.1 Das Integrations-Leitbild des Landes Oberösterreich in Bezug auf kommunale Integrationsmaßnahmen

Das Integrationsleitbild des Landes OÖ ist im Jänner 2008 unter dem Titel „Einbeziehen statt Einordnen. Zusammenleben in Oberösterreich“ herausgekommen. An seiner Entstehung wirkten neben dem Verfasser, dem Soziologen Kenan Güngör und der Mitverfasserin Edith Riepl viele ExpertInnen und MultiplikatorInnen aus öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen, sowie politische EntscheidungsträgerInnen des Landes OÖ mit. Den Hauptteil der Publikation bilden Maßnahmenempfehlungen zum Integrationsleitbild in folgenden Handlungsfeldern:

Sprache

Bildung, Erziehung und Schule

Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Ausbildung

Verwaltung, Gleichstellung, Partizipation und Sicherheit

Gesundheit und Soziales

Wohnen, Wohnumfeld und Zusammenleben

Kultur und Religion

Freizeit und Sport

Kurz-Essays führen in jedes Handlungsfeld ein. Die konkreten einzelnen Maßnahmenempfehlungen – jedem Handlungsfeld sind mehrere zugeordnet - geben die Zielsetzung und die Zielgruppe(n) sowie eine Kurzbeschreibung der empfohlenen Aktivitäten inklusive Zeitrahmen und Ressourcenbedarf an. Ebenso werden die Verantwortlichen bzw. Zuständigkeiten, ob öffentlicher Sektor oder NGO-Bereich, genannt. Als Zielgruppen gelten Einrichtungen, Institutionen und Organisationen (z.B. Bildung, Soziales), Verwaltung, Unternehmen, aber auch Personengruppen wie SchülerInnen, Eltern, Arbeitssuchende, AkteurInnen der Zivilgesellschaft, MigrantInnen.

Der einleitende Teil der Publikation beschreibt die integrationspolitischen Leitlinien für Oberösterreich unter folgenden Überschriften:

- Vielfalt leben
- Teilhabe sichern
- Zusammenhalt stärken
- Gemeinsam Verantwortung tragen

Die strukturellen, sozialen, kulturellen und identifikativen Dimensionen von Integration bilden eine Basis für die im Hauptteil beschriebenen integrativen Handlungsfelder.

Die Dimensionen werden in Form einer Pyramide, die inhaltlich und in der Art der Gestaltung an die Maslow'sche Bedürfnispyramide angelehnt ist, graphisch dargestellt und im Text erläutert.

Diese Darstellungsform könnte suggerieren, dass die an der Spitze der Pyramide stehende identifikative Integration erst nach einem Durchlauf durch alle anderen Dimensionen von Integration im Sinn eines linearen und hierarchisch strukturierten Entwicklungsprozesses erreicht werden kann. Tatsächlich aber hält sich menschliche Entwicklung nicht an hierarchische Verlaufsformen, sondern kann gleichzeitig, nebeneinander oder auch rückläufig erfolgen.

Das zugrundeliegende Integrationsverständnis meint „die Einbeziehung aller EinwohnerInnen [...] Der Prozess der Einbindung und Partizipation erfolgt auf allen Ebenen, wobei für den Erfolg der Integrationsbemühungen sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Faktoren entscheidend sind“ (Integrationsleitbild 2008:10).

Weiters wird beschrieben: „Integration wird als ein gesamtgesellschaftlicher, andauernder Prozess verstanden, der Zugewanderte wie Einheimische betrifft. Daher ist

Integration als Querschnittsaufgabe bei allen Überlegungen öffentlichen Handelns mit einzubeziehen“ (ebd.: 14).

Als Handreichung für die Gemeinden steht eine verkürzte Version des Leitbildes mit dem Titel „Zusammenleben und Integration. Ein Leitfaden für Gemeinden“ zur Verfügung. Der Leitfaden will Gemeinden bzw. interessierten AkteurInnen helfen, die Situation vor Ort zu analysieren, die Handlungsmöglichkeiten in der Gemeinde zu erkennen und konkrete Schritte für ein verbessertes Zusammenleben einzuleiten.

Eine weitere Broschüre mit dem Titel „Integration ist ... was wir daraus machen“ wirbt für ein Verständnis von Integration jenseits eng gefasster Zuschreibungen.

6.1.1 Weitere Unterstützung der Gemeinden durch die Abteilung Soziales des Landes OÖ

In der Integrationsstelle OÖ arbeiten zwei Personen in folgenden Aufgabenbereichen:⁵ Die eine Person will das interne Verwaltungspersonals im interkulturellen Lernen unterstützen. Ziel ist die Akzeptanz der Heterogenität der KlientInnen und eine entsprechende Handlungsfähigkeit im Umgang mit ihnen. Die zweite Person ist für die Unterstützung der Gemeinden in Form von Entwicklungs- und Strategiegesprächen und der Kooperation bei Veranstaltungen und kleineren Projekten zum Thema Integration zuständig. Beide Personen sind Ansprechpartnerinnen für alle Fragen und Themen in Bezug auf Integration.

6.1.2 Konkrete Auswirkung des Integrationsleitbildes auf Maßnahmen in Freistadt

Das OÖ. Integrationsleitbild wurde im Mai 2008 einem Publikum, bestehend aus Personen der Bezirks- und Gemeindepolitik, AkteurInnen aus sozialen Einrichtungen und Schulen sowie interessierten BürgerInnen, vorgestellt. In einer Podiumsdiskussion traten VertreterInnen der verschiedenen Bereiche bezüglich der Bedeutung des Themas Integration miteinander in Diskurs und tauschten sich über Probleme und Chancen von Integration aus. Durch diese Veranstaltung wurden EntscheidungsträgerInnen über den Themenkomplex Integration informiert und wurde Bewusstsein für einen

⁵Die Informationen wurden in einem Gespräch mit einer der beiden Mitarbeiterinnen erworben.

Handlungsbedarf geschaffen. In der Folge übernahm der Stadtrat für Familie und Soziales auch die Agenda Integration.

Der Antrag des „Freistädter Frauentreffs“ an die Stadtgemeinde auf Unterstützung des Projekts „Bunter Spielplatz“ (siehe unten) wurde vermutlich durch die Rezeption des Integrations-Leitbildes ohne Umschweife positiv erledigt. Im Mai 2010 lud der Stadtrat für Integration alle mit der Thematik befassten AkteurInnen sowie VertreterInnen der politischen Gruppierungen zu einem „Runden Tisch Integration“ ein. Es gab schon ein Folgetreffen und weitere Treffen sind für den Herbst geplant. Die Treffen werden von Frau Mag. Edith Riepl vom Sozialamt Linz, Stabstelle Integration, moderiert.

6.2 Kritik an Integration

Mark Terkessidis kritisiert, dass unter der Aufforderung zu Integration den Zugewanderten Pflichten zur Erfüllung von Normen (z.B. in Bezug auf Frauenemanzipation) auferlegt werden, welche die Mehrheitsgesellschaft nicht erfüllen muss (Terkessidis 2010:42). Aus den drei Bedeutungen des Begriffes Integration, die Langenscheids Fremdwörterbuch nennt, nämlich: Herstellung eines Ganzen aus Einzelteilen; Zustand nach (Wieder)Herstellung einer Einheit; Eingliederung in eine gesellschaftliche oder soziale Ordnung; lässt sich die nach seiner Darstellung fälschliche Schlussfolgerung eines einigen Volkes innerhalb eines homogenen Nationalstaates ziehen. „Aufgrund dieses Beharrens auf Einheit und Einigkeit kann das Zusammenleben mit jenen, die „hinzugekommen“ sind, auch nicht als wesentliche Veränderung begriffen werden. Das prägt auch das Verständnis von Integration“ (ebd.: 43).

Angesichts der realen, sich nachhaltig verändernden Bevölkerungsstruktur sieht der Autor die Notwendigkeit der Veränderung der Institutionen und Sozialstrukturen als überfällig an, anstatt weiterhin die Eingliederung in unverändert bestehende Strukturen zu verlangen.

Nach seiner Sichtweise trägt der Begriff Integration schwer am Erbe der 1970er Jahre, als man begann, die „gesellschaftliche Sondergruppe MigrantInnen“ an die herrschenden Standards heranzuführen und sie in das Bestehende eingliedern wollte. Das Scheitern dieses Integrationsbegriffs sieht er im Weiterbestehen der meisten Probleme von MigrantInnen wie mangelnde Schulerfolge und eine hohe Quote von Drop-Outs (ebd.: 45ff).

Terkessidis sieht das deutsche Volk grundsätzlich in einem Übergang. Angesichts der demographischen Situation erscheint es nicht mehr angebracht, von einer ethnisch deutschen aufnehmenden Bevölkerung im Sinn eines „Wir“ und einer ethnisch diversen zugewanderten Bevölkerung zu sprechen. Nach über 50 Jahren Migration in die Bundesrepublik Deutschland sieht er die Zeit für ein neues „Wir“ im Sinn der Bewusstheit der Heterogenität der deutschen Bevölkerung gekommen. Die gemeinsame Wertebasis sieht er im Grundgesetz verankert. Das Grundgesetz ist die Basis der Demokratie, deren kleinste Einheit das Individuum darstellt. Leitkulturelle Überlegungen werden durch den Verweis auf das Grundgesetz obsolet. Für die Bildung dieses neuen „Wir“ sieht Terkessidis die Umgestaltung der Institutionen als den „Königsweg zur Gestaltung der Vielfalt“ (ebd.: 96).

Als Grundlage für diese Umgestaltung sollte nicht der Begriff Integration, sondern Inklusion stehen. Beispielhaft verweist er auf die Stadt Mannheim, die in ihrem 2007 verabschiedeten „Handlungskonzept interkulturelle Kulturarbeit“ von einem „Migration Mainstreaming“ (in Anlehnung an „Gender Mainstreaming“) spricht. Darunter wird die Stärkung der interkulturellen Kompetenz von Veranstaltern ebenso verstanden wie eine entsprechende Personalpolitik und eine Zugangs- und Teilhabeerleichterung an Kulturangeboten für Menschen mit Migrationshintergrund (ebd.: 182ff).

6.3 Terkessidis Anspruch an eine Gesellschaft der Inklusion im Vergleich mit dem Integrationsverständnis im Leitbild von Oberösterreich

„Integration wird als ein gesamtgesellschaftlicher, andauernder Prozess verstanden, der Zugewanderte wie Einheimische betrifft“. Diese Aussage im Integrations-Leitbild lässt annehmen oder hoffen, dass die Unterteilung in ein „Wir“, das die Mehrheitsgesellschaft, und in ein „Ihr“, das die migrantische Gesellschaft meint, mindestens im Denken der AutorInnen des Leitbildes überwunden ist. Der andauernde Prozess soll zu einer Gesamtgesellschaft, die alle in Oberösterreich lebenden Menschen einschließt, führen.

„Daher ist Integration als Querschnittaufgabe bei allen Überlegungen öffentlichen Handelns mit einzubeziehen“. In dieser Aussage kann ein „Migration Mainstreaming“ angedacht werden.

Die Umsetzung der Maßnahmenempfehlungen, die entsprechenden Handlungsfelder im Leitbild betreffend, werden einen wichtigen Beitrag zum Erreichen des Ziels einer

Gesamtgesellschaft, die alle Menschen als gleichberechtigte Mitglieder einschließt, leisten. Allerdings handelt es sich um Empfehlungen und nicht um Verpflichtungen. Der Empfehlungscharakter und ein möglicher Mangel an Finanzmittel kann eine Umsetzung von Maßnahmen behindern. Entsprechendes drückt Terkessidis aus, wenn er schreibt:

Allerdings ist Papier auch geduldig, insbesondere in Deutschland, und so ist es unbedingt notwendig, solche Konzepte nach einiger Zeit einer Überprüfung zu unterziehen, um herauszufinden, ob sich die Praxis der Einrichtung und der Förderung tatsächlich verändert hat. (Terkessidis 2010: 183)

Terkessidis Studien betreffen zur Gänze Deutschland, mit Verweisen zu Erfahrungen mit Migration und Integration in Großbritannien und den Niederlanden. Seine Reflexionen und Denkansätze können für Österreich auf Grund der Ähnlichkeit der Situation durchaus als relevant gesehen werden. So haben 44% der in der Bundeshauptstadt Wien lebenden Menschen Migrationshintergrund. Dieser Tatsache werden sich unter anderem auf Grund der im Oktober 2010 stattfindenden Wahlen die PolitikerInnen Wiens zunehmend bewusst (Stemmer 2010).

7 Beschreibung und Evaluierung verschiedener in Freistadt stattfindender Integrations-Projekte

Die Projekte, die in der Folge beschrieben werden, nahmen alle in den letzten fünf Jahren ihren Anfang. Sie sind ausschließlich durch Initiativen der Zivilgesellschaft, hauptsächlich von Frauen, entstanden. Die Autorin nimmt in unterschiedlicher Intensität die Rolle einer teilnehmenden Beobachterin bzw. beobachtenden Teilnehmerin in diesen Projekten ein.

Die Beschreibung konzentriert sich auf den prozesshaften Verlauf der Projekte. Einen quantitativ messbaren Erfolg bezüglich der Erreichung der gestellten Ziele zu belegen ist in dieser Darstellung nicht beabsichtigt. Dies auch aus dem Grund, weil sich die Ziele zu Beginn der jeweiligen Projekte oft wenig konkret darstellten, sich im Lauf der Entwicklung veränderten bzw. von den InitiatorInnen meist nicht explizit formuliert wurden.

Nur für ein einziges Projekt („Bunter Spielplatz“) wurde ein Projektantrag um finanzielle Unterstützung bei der Stadtgemeinde Freistadt gestellt. Nur bei diesem Projekt liegen Zielformulierung, geplanter Projektverlauf, Projektbeginn und -ende, Projektträgerschaft und Projektleitung schriftlich vor. Trotzdem wurden und werden

auch in diesem Projekt die einzelnen Handlungsschritte und auch die zugrundeliegenden Erfolgskriterien laufend adaptiert, um unmittelbar auf die aktuelle Entwicklung im Projektverlauf reagieren zu können. Darin zeigt sich auch die Bereitschaft der handelnden AkteurInnen, im Zuge des Projektverlaufs persönlich und als Gruppe zu lernen und ursprüngliche Annahmen zu korrigieren.

7.1 **Freistadt is(s)t international⁶**

Anstoß für die Initiative war die Betroffenheit über die massive und medial ausgetragene Ablehnung, die Teile der Freistädter Mehrheitsbevölkerung, hauptsächlich Anrainer, der geplanten Errichtung eines muslimischen Gemeindezentrums im Jahr 2005 entgegen brachten. Unter dem Motto „Freistadt is(s)t international“ sollte eine niederschwellige Begegnungsmöglichkeit zwischen Einheimischen und Zugewanderten geschaffen werden. Für die Begegnungsabende wurde mit Flyern, die über das Integrationsbüro und den katholischen Pfarrhof verteilt wurden, geworben.

Dieses und die folgenden Projekte werden zur besseren Vergleichbarkeit und Lesbarkeit der Projekte mit Hilfe folgender Gliederungspunkte beschrieben: Ziel, Ort, InitiatorInnen, Zielgruppe, Organisationsteam, Zeit, Ablauf, Prozess, Interkulturelle Erfahrungen, Ausblick, Evaluation.

Ziel: Durch die Möglichkeit zum persönlichen Kontakt sollte das gegenseitige Erleben von Fremdheit und Abwehr vor allem zwischen MuslimInnen und ChristInnen reduziert werden.

Ort: Die „Blackbox“ im Kulturzentrum Salzhof in Freistadt bietet einen guten Rahmen für die Treffen. Infrastruktur (Geschirr, Besteck und Tischtücher, Geschirrspüler) ist vorhanden.

InitiatorInnen: Die InitiatorInnen, hauptsächlich Mitglieder des katholischen Pfarrgemeinderates, hatten von St. Andre Wördern in Niederösterreich, wo durch das gemeinsame Kochen von Zugezogenen und Einheimischen ein interkulturelles

⁶ Anmerkung: Die Hintergrundinformationen für diesen Bericht stammen vom eigenen Erleben und Beobachten als Besucherin und von Gesprächen mit den InitiatorInnen und den Mitgliedern des Organisationsteams

Kochbuch entstanden war, gehört. Diese Grundidee des gemeinsamen Kochens und Essens wandelten sie für diese spezielle Begegnungsmöglichkeit in Freistadt ab.

Zielgruppe: Alle in Freistadt lebenden Menschen, allochthone wie autochthone, sind zu den Treffen eingeladen. Speziell ging es, dem Anlass der Moschee-Errichtung entsprechend, um den Kontakt zwischen MuslimInnen und der Mehrheitsbevölkerung. Das erste Treffen zeigte mit 20 Personen aus unterschiedlichen Herkunftsländern und aus Freistadt die Vielfalt der in Freistadt lebenden Menschen. Allerdings waren keine Muslime zum ersten „internationalen Essen“ gekommen, was wiederum in den Medien polemisierend dargestellt wurde. Im nächsten Monat kamen auch Muslime, Großteils Frauen, aber auch ganze Familien. Im Vormonat waren sie wegen des Fastenbrechens im Ramadan weggeblieben. In der Folge kamen zu den Abenden zwischen 20 und 50 Personen. Gern wurde von AsylwerberInnen die Begegnungsmöglichkeit in Anspruch genommen. Es kristallisierte sich eine Kerngruppe aus Einheimischen und Zugewanderten heraus, die praktisch immer kam. Andere Personen kamen unregelmäßig, manche auch nur einmal. Häufig kamen auch Gäste von außerhalb von Freistadt, die von der Initiative gehört hatten. Manche von diesen kamen regelmäßig.

Organisationsteam: Das ursprüngliche Team bestand aus Mitgliedern des Pfarrgemeinderates. Inzwischen ist das Organisationsteam eine flexible und offene Gruppe geworden, in der Zugewanderte und Einheimische vertreten sind. Bei den Teambesprechungen werden die Termine vereinbart und ausgemacht, wer bei den jeweiligen Terminen die Hauptverantwortung für den Abend übernimmt. Normalerweise sind das zwei Personen. Deren Aufgabe ist es, den Schlüssel für den Raum zu besorgen, die Tische zu decken, Getränke zu besorgen, die Begrüßung und Anfangsmoderation zu übernehmen und das Aufräumen gemeinsam mit anderen zu erledigen. Manche Verantwortliche sorgen für einen Programmpunkt, indem sie Musik organisieren und zum Tanzen einladen. Einmal wurde ein Kurzfilm gezeigt. Meist ist aber das gemeinsame Gespräch genügend Unterhaltung.

Zeit: Seit fünf Jahren finden die Treffen einmal monatlich (Sommerpause entsprechend der Schulferien) an Samstagabenden von 16:00 Uhr bzw. seit 2007 von 18:00 Uhr – ca. 21:00 Uhr statt.

Personen, die am gemeinsamen Zubereiten der Speisen Interesse zeigten, waren ursprünglich eingeladen, sich schon um 16:00 Uhr in der Küche des Salzhofes zu treffen und gemeinsam zu kochen. Das war wegen der mangelhaften Infrastruktur in der

Großküche des Salzhofes etwas erschwert. Es waren keine Töpfe und Pfannen und anderes Werkzeug zum Bereiten der Speisen vorhanden. Sie mussten, wie auch Würzmittel und andere Grundlagen, von zuhause mitgebracht werden. Trotzdem nahm im ersten Jahr immer ein Teil der BesucherInnen das Angebot des gemeinsamen Kochens gern in Anspruch. Da das Angebot dem Engagement einer einzelnen Frau zu danken war und diese das gemeinsame Kochen nicht mehr weiter unterstützen wollte, beginnen die Treffen seit Herbst 2007 um 18:00 Uhr.

Ablauf: Die BesucherInnen bringen zuhause zubereitete Speisen mit. Die Einladung ist, eine Familienportion von einem Gericht mitzubringen. Ob das nun eine Vor-, Haupt- oder Nachspeise ist, bleibt den BesucherInnen überlassen. Wer „nur“ zum Essen kommt ist ebenso willkommen. Von diesen Personen wird eine kleine Spende erwartet, mit der Getränke eingekauft werden.

Die Speisen werden auf eine vorbereitete Tafel gestellt und die Personen nehmen an den gedeckten Tischen Platz. Danach begrüßt die Verantwortliche für den Abend die Gäste und nimmt einen Topf nach dem anderen zur Hand und hebt ihn hoch. Die Person, die das entsprechende Gericht zubereitet hat, steht auf, stellt sich (und ihre Familie) vor und sagt ein paar erklärende Worte zu dem Gericht, das sie mitgebracht hat. Daraufhin gibt es Applaus. Dieses Ritual des Vorstellens ist auch für Menschen, die nicht gewohnt sind, das Wort zu ergreifen, eine gute Möglichkeit, sich zu präsentieren und im eigenen Namen zu sprechen. Die freundliche Ermutigung im Fall von Schüchternheit oder Sprachproblemen und der Applaus des Publikums sind allen Personen sicher. Haben sich alle vorgestellt, geht es ans Essen und Trinken, wobei alle von allem kosten. Dazwischen wird geplaudert, oft werden die Plätze gewechselt, um mit verschiedenen Menschen in Kontakt zu kommen. Immer wieder ergibt es sich, dass jemand ein Lied anstimmt, oder zu tanzen beginnt. Nach guten zwei Stunden ist dann langsam Zeit für den Aufbruch. Einige helfen bis zum Schluss beim Aufräumen.

Prozess: Zwischen vielen BesucherInnen entwickelte sich freundschaftlicher Kontakt und die monatlichen Treffen wurden für viele ein Fixtermin. Die Abende gewannen schnell an Popularität und zwischen 2006 und 2008 war die Zeit mit der größten Besucherfrequenz mit teilweise über 50 Personen. Danach pendelte sich der Besuch zwischen ca. 20 und 30 Personen ein.

Angemerkt sei, dass türkische BesucherInnen zu Beginn sehr zahlreich kamen, langsam weniger wurden und dann ganz ausblieben. Einen möglichen Grund dafür deutete eine

Frau an, indem sie sagte „Wenn ich Alkohol sehe, tut mir das im Herz weh“. Manche BesucherInnen brachten eine Flasche Wein mit; manche der Abendverantwortlichen sahen es als selbstverständlich an, bezüglich Getränkevielfalt auch für Bier zu sorgen. Alkohol stand zwar nicht im Vordergrund, war aber ganz einfach dabei.

Wurden Türkinnen in der Folge zu den Treffen persönlich eingeladen, so kam eine vage Zusage, „falls Zeit wäre“. Auch das Angebot, den Alkoholkonsum zu thematisieren und Freistadt is(s)t international zukünftig zu einem alkoholfreien Begegnungsraum zu machen, führte bisher nicht wieder zum Besuch der türkischen Familien.

Interkulturelle Erfahrungen: Es war nicht die Absicht der InitiatorInnen, kulturelle oder interkulturelle Themen zu bearbeiten oder zu reflektieren. Manche Erfahrungen ergaben sich jedoch von selbst. Einmal brachten eine polnische, eine kasachische und eine tibetische Besucherin am selben Abend eine für ihre Kultur „typische“ Speise, nämlich Teigtaschen, mit. Diese sahen relativ ähnlich aus unterschieden sich nur durch die unterschiedliche Würze. So stellte sich die Frage nach dem Kulturtypischen, mindestens was das Essen betrifft, ganz von selbst. Dies gab Anlass zu weiterführenden Reflexionen über Themen wie Kleidung, Kindererziehung und Schulbesuch.

Im Lauf der Zeit zeigte sich, dass die BesucherInnen nicht weiterhin erwartungsgemäß „typische Nationalgerichte“ mitbringen und somit auf ein Klischee festgelegt werden wollten. Man brachte mit, was man daheim gerne aß. Beispielsweise brachte die Türkin einen Kartoffelsalat, die Deutsche ein Kichererbsen-Gericht und die Japanerin einen Apfelstrudel.

Auch das Thema Religion wurde in den Gesprächen nicht ausgeklammert. Die BesucherInnen versicherten einander, dass jede Religion ihre Bedeutung hat und sie nicht die Absicht hätten, einander zu missionieren.

Ausblick: Der ursprüngliche Anlass, nämlich die Verbesserung des Klimas zwischen Muslimen und Christen, oder anders ausgedrückt, zwischen den verschiedenen einander Fremden, hat durch die Errichtung eines muslimischen Gemeindezentrums außerhalb der Wohngebiete und auch durch das Fernbleiben dieser Personengruppe seine Bedeutung verloren. Die Fluktuation im Organisationsteam könnte als eine gewisse Ermüdung der ehrenamtlich sich engagierenden Personen gedeutet werden. Soll die Initiative langfristig weiter bestehen bleiben, so sollte eine konzeptionelle Weiterentwicklung angedacht werden.

Evaluation: „Freistadt is(s)t international“ hat über einen langen Zeitraum eine niederschwellige Begegnungsmöglichkeit geboten, bzw. bietet dies weiter, um „die Fremden“ (diese Zuschreibung gilt wechselseitig für Einheimische und Zugewanderte) auf persönliche und wertschätzende Weise kennenzulernen. Damit hat die Initiative zum Erlebnis der „Normalität des Fremden“ beigetragen. Manche persönlichen Hilfestellungen sowie weiterführende freundschaftliche Kontakte wurden durch die Begegnungen ermöglicht. Menschen haben sich über ihre unterschiedlichen Lebenssituationen ausgetauscht und so voneinander gelernt. Das Verbindende des Teilens des Mitgebrachten und des gemeinsamen Essens und Trinkens hat auch bei skeptischen BesucherInnen eine versöhnliche Prägung hinterlassen. Bemerkenswert ist, dass die Initiative seit über fünf Jahren durch ehrenamtliches Engagement getragen wird. Von der öffentlichen Hand wird außer des kostenlosen zur Verfügung Stellens des Raums keine weitere Leistung erbracht. Wenn die Initiative in letzter Zeit von weniger Gästen wahrgenommen wurde, so kann das auch bedeuten, dass ein Stück Normalität im Zusammenleben eingekehrt ist und diese Form der Kontaktmöglichkeit ein vorläufiges Ziel erreicht hat.

„Freistadt is(s)t international“ kann im besonderen Maß als aktivierende Integrationsmaßnahme gelten, da sie sich an die gesamte Bevölkerung richtet und selbst organisiert und gesteuert funktioniert.

7.2 Interkultureller und interreligiöser Frauentreff⁷

Auch für das Entstehen der interreligiösen Frauengruppe waren der spürbare Widerstand in der Bevölkerung gegen die geplante Errichtung eines muslimischen Gemeindezentrum und eine emotionalisierte und auch medial ausgetragene Debatte darüber der Anlass.

Ziele: Neben dem Abbau von Vorurteilen und der Entwicklung von Respekt und Akzeptanz für die jeweils andere Gruppe war es ein Ziel, Vertreterinnen von gesellschaftspolitisch relevanten Gruppierungen (Kirche, politische Parteien, Integrationsbüro) an einen Tisch zu bekommen und den Dialog zu pflegen. Daraus

⁷ Anmerkung: Die Informationen für diesen Bericht stammen vom eigenen Erleben und Beobachten als Teilnehmerin und Mitorganisatorin, von Gesprächen mit den Organisatorinnen und aus den Protokollen der fünf Jahre Frauentreff.

sollte Berichtens wert es formuliert werden, um der Berichterstattung in der lokalen Presse, welche der türkisch-muslimischen Gemeinschaft desintegrative und islamistische Tendenzen unterstellt hatte, Positives entgegensetzen zu können.

Orte: Die Treffen fanden einmal im Monat an Donnerstagen abwechselnd im katholischen Pfarrhof, im Integrationsbüro der Volkshilfe und im muslimischen Gemeindezentrum (es hatte ein solches schon seit Jahren gegeben, nur war es zu klein geworden und sollte durch ein neues größeres ersetzt werden) statt. Ab Ende 2006 fiel wegen Karenz der Leiterin des Integrationsbüros (IB) und noch nicht erfolgter Neubesetzung das IB als Treffpunkt aus, und als Anfang 2007 die alte Moschee aufgelassen und die neue noch nicht fertiggestellt war, traf sich die Gruppe durchgehend über ein Jahr lang im katholischen Pfarrhof. Fallweise traf man sich auch im Weltladen, da dort ein Raum problemlos genutzt werden konnte. Seit Ende 2008 steht auch das Kulturzentrum Salzhof für Treffen zur Verfügung. Dies wird als Wertschätzung seitens der Stadtgemeinde für den Frauentreff gewertet. Das letzte Treffen vor der Sommerpause findet immer im Garten eines Mitglieds des Frauentreffs statt.

Die verschiedenen Orte haben alle einen unterschiedlichen Charakter und beleben die Zusammenkünfte. Für die Frauen, die manche dieser Orte nicht gekannt hatten, bedeuten die Ortswechsel auch eine Horizonterweiterung in Bezug auf öffentlich und halböffentlich zugängliche Räume.

Initiatorinnen: Zwei Frauen, eine anerkannte Persönlichkeit aus der ansässigen Freistädter Bevölkerung, und eine gebürtige Österreicherin, die zum Islam konvertiert war und zur Zeit der medial ausgetragenen Konflikte (2005) als Sprecherin der muslimischen Gemeinde fungierte, beschlossen, als Frauen den Kontakt zueinander zu suchen.

Zielgruppe: Neben den Frauen, die als Vertreterinnen ihrer Gruppen eingeladen waren, waren Frauen der Mehrheitsgesellschaft, die an einem interreligiösen Dialog interessiert waren, und gut deutsch sprechende türkisch-muslimische Frauen eingeladen. Später änderte sich diese Zusammensetzung grundlegend. Zu den Treffen kamen und kommen zwischen 10 und 25 Frauen mit und ohne Migrationshintergrund und mit und ohne religiöses Bekenntnis, manchmal auch noch mehr. Die 30 Personen-Grenze wurde noch nicht erreicht. Es kommen nur Frauen zu den Treffen, die über persönliche Kontakte davon erfahren. Seit Frühjahr 2010 wird auch über die Homepage der Stadtgemeinde

Freistadt zu den Treffen eingeladen. Dies zeigte bisher noch kein Ergebnis in Form neuer Besucherinnen.

Zeit: Die Treffen dauern jeweils von 19:00 Uhr bis ca. 22:00 Uhr. Am Ende des zweiten Jahres wurde der Treffpunkt auf Montag verlegt, da einige Teilnehmerinnen am Donnerstag einen Deutschkurs besuchten. Die Termine für die Treffen werden immer von einem aufs andere Mal in der gesamten Gruppe vereinbart.

Organisationsteam: Als nach einem Jahr die Initiatorinnen die Arbeit in der Gruppe aus persönlichen Gründen (schwere Erkrankung und Hilfsbedürftigkeit naher Angehöriger) beendeten, fanden sich aus der Gruppe drei verschiedene konfessionelle Frauen, unter ihnen auch mit Migrationshintergrund, die sich für den Fortbestand der Gruppe engagieren wollten. Diese Frauen bereiteten die Treffen inhaltlich vor. Eine von ihnen schrieb, wie das auch schon die Initiatorinnen getan hatten, nach den Treffen immer ein Gedächtnis-Protokoll. Dieses wurde per E-Mail versendet. Dadurch war eine gewisse Kontinuität für die Treffen gewährleistet.

Das Organisationsteam fluktuierte durch Wegzug aus Freistadt und durch Schwangerschaft. Über einen längeren Zeitraum war es hauptsächlich eine Frau der Mehrheitsgesellschaft, die die Treffen moderierte und das Protokoll schrieb.

Diese Aufgaben teilen sich seit Ende 2009 wieder mehrere Personen. An jedem Abend wird nicht nur gemeinsam überlegt, wo und wann das nächste Treffen stattfinden soll, sondern auch welche der Frauen sich bereit erklären, es vorzubereiten, zu moderieren und das Protokoll zu schreiben. Meistens sind es zwei Frauen, die die Aufgabe für einen Abend übernehmen. Bis Sommer 2010 hat diese Strategie gut funktioniert.

Ablauf: Die Treffen beginnen häufig mit einer Vorstellungsrunde, da immer wieder neue Frauen zu den Treffen kommen. Vor allem im ersten Jahr und auch später noch hatten von den Frauen mitgebrachte Imbisse, die gemeinsam gegessen wurden, eine wichtige Bedeutung. Auf diese Weise wurde gegenseitig Gastfreundschaft ausgedrückt. Später wurde dieses Ritual zunehmend weniger wichtig.

Meist gibt es bestimmte Themen, zu denen gearbeitet oder über die gesprochen wird. Der freundschaftlich-gesellige Aspekt nimmt einen wichtigen Stellenwert ein. Programmpunkte wie ein Mandala anmalen, einen Kreistanz tanzen, ein Gruppenspiel spielen, ein einfaches Lied gemeinsam singen, machen Freude und haben eine verbindende Funktion. Nachdem die Frauen das interkulturelle Projekt „Bunter

Spielplatz“ initiierten, nahm und nimmt dessen Planung, Organisation und Begleitung viel Zeit und Raum ein.

Prozess: Im Jahr der Gründung erschien die Gruppe eine eher elitäre Runde zu sein, die bemüht war, ein verbindliches Bild des Dialogs nach außen zu vermitteln. Die Treffen waren von den Initiatorinnen eher eng geführt. Auf auftauchende Fragen waren sie bemüht, sofort eine den Gesprächsverlauf bestimmende Antwort zu geben. Ihr Vorhaben, aus allen relevanten gesellschaftspolitischen Gruppierungen eine Vertreterin für den Dialog zu gewinnen, war nicht voll aufgegangen. Es zeigte sich früh, dass letztlich nur jene Frauen längerfristig zu den Treffen wieder kamen, die eine persönliche Bereitschaft zum interkulturellen und interreligiösen Dialog hatten und auch ein persönliches Interesse für die jeweils anderen Frauen als Personen aufbrachten.

Noch im ersten Jahr öffnete sich die Gruppe für einige türkische Frauen, die gerade in einem Kurs deutsch lernten und mit einer deutschsprachigen „Freundin“ ihre neu erworbenen Sprachkenntnisse nutzen wollten. Diesem Schritt folgte die Einladung an weitere migrantische Frauen, zur Gruppe zu kommen. Eine Lehrerin in einem Deutsch-Kurs, die von Anfang an bei der Gruppe war, hatte diese Kontakte vermittelt.

In der Folge definierte sich die Gruppe als muslimisch-christliche Gruppe, die auch offen für Angehörige anderer Religionen sowie für Nichtreligiöse ist, und in der Frauen mit und ohne Migrationshintergrund willkommen sind. Als Name wurde kurz und bündig „Frauentreff“ gewählt. Als Sinn und Zweck der Treffen wurden Ende 2006 folgende Punkte angeführt:

- Förderung von Frauen-Freundschaften
- Förderung von Spracherwerb
- Abbau von Vorurteilen
- Austausch von Alltags-Erfahrungen
- Gegenseitiges Miterleben der großen religiösen Feste

Der offene Verlauf der Treffen ermöglichte, dass verschiedene Frauen ihre Potentiale zur Verfügung stellen konnten.

Ein eben pensioniertes Mitglied, das Erfahrung in der Seniorenanimation hat, gestaltet die Treffen mit Bewegungs-, Konzentrations- und Wahrnehmungsspielen mit. Weiters lud sie die migrantischen Frauen mit Sprachförderbedarf unter dem Motto „Wir sprechen Deutsch“ einmal wöchentlich vormittags zu sich nachhause ein (später traf

man sich reihum bei den teilnehmenden Frauen), um themenbezogen mit Hilfe von bestimmten Materialien (z.B. Fieberthermometer, Pillenschachtel etc. bezüglich Gesundheit, oder harte, weiche, stachelige, samtene, klebrige etc. Objekte für Wahrnehmung allgemein) die deutsche Sprache zu üben. Dieses private und ehrenamtliche Angebot, dem ein eigenständiger Projektcharakter zugestanden werden könnte, lief über ein Jahr und fand ein Ende wegen eines zweimal wöchentlich am Vormittag stattfindenden Deutsch-Kurses, der die zeitlichen Möglichkeiten der teilnehmenden Frauen zur Gänze beanspruchte.

Eine andere Frau organisierte einmal vor dem Treffen eine Stadtführung. Wieder eine andere leitet Kreistänze zur Auflockerung der Treffen an. Eine Frau, die ehrenamtlich in der Bücherei arbeitet, gestaltete einen Abend zum Thema Kinderbücher.

Die Weitergabe von vereinbarten Terminen, sollte eine Frau bei einem Treffen gefehlt haben, funktioniert über persönliche Beziehungen. Die Weitergabe des Protokolls jedoch verlangt immer wieder logistische Überlegungen, da nicht alle Frauen über Internet verfügen. So wurde vereinbart, dass eine Frau eine bestimmte Anzahl der Protokolle ausdruckt und zu einer anderen Frau bringt, die im Stadtzentrum in einem Kebab-Haus arbeitet. Von ihr können sich die Frauen ohne Internet das Protokoll holen. Das Protokoll wird auch in manchen Deutsch-Kursen, an denen Mitglieder des Frauentreffs teilnehmen, weitergegeben. Dies alles zu vereinbaren ist immer wieder Inhalt der Treffen und eine gute Möglichkeit für einzelne Frauen, Aufgaben zu übernehmen.

An manchen Abenden stehen einzelne Frauen mit ihrer Lebensgeschichte und ihren Erfahrungen, die der Wechsel von einem Lebensumfeld in ein völlig anderes zur Folge hat, im Mittelpunkt. Dies ist normalerweise nicht geplant sondern ergibt sich aus dem Prozess heraus. Dabei wird immer respektiert, wie viel eine Frau von sich erzählen will.

Frauen, die beobachtet hatten, dass auf einem Spielplatz in einem Wohngebiet mit vielen migrantischen Familien die Kinder mit verschiedenen Erstsprachen nicht miteinander spielen und dies bei einem Treffen thematisierten, waren die Initiatorinnen für das Projekt „Bunter Spielplatz“. Dieses Projekt nimmt wie schon oben erwähnt einen wichtigen Stellenwert in der Gruppe ein.

Weiters begleiten die religiösen und auch säkularen Feste im Jahreskreis die Gruppe, wie z.B. der in der Türkei begangene, von Atatürk begründete „Tag des Kindes“.

Umgang mit Konflikten: Ein Thema, das die türkisch-muslimischen Frauen Mitte 2007 bei einem Treffen einbrachten, war der Wunsch, im Krankenhaus Freistadt bei ambulanten gynäkologischen Untersuchungen von einer Gynäkologin betreut zu werden. Die Frauen wollen nicht zu niedergelassenen Gynäkologen in Freistadt gehen, da sie die Untersuchung durch Männer als beschämend empfinden. Gynäkologinnen sind nur als Wahlärztinnen außerhalb von Freistadt verfügbar.

Sie argumentierten den Wunsch nach einer Gynäkologin und ihr Recht auf die Erfüllung des Wunsches mit ihrem Muslimisch Sein. Vom Frauentreff erwarteten sie sich eine Lobby, die von der Krankenhaus-Leitung die Erfüllung ihres Wunsches fordern sollte.

Eine telefonische Erkundigung im Krankenhaus durch die Leiterin des Sozialservice hatte ergeben, dass nicht immer Gynäkologinnen im Dienst bzw. diese manchmal durch andere Pflichten verhindert sind und deshalb eine Untersuchung durch eine Gynäkologin nicht garantiert werden kann.

Das Verständnis für den Wunsch der Frauen und die Bereitschaft, in dieser Sache aktiv zu werden, hielt sich bei den anderen Frauen, auch bei den anderen muslimischen, in Grenzen. Letztlich wurde entschieden, dass eine Protagonistin des Anliegens mit einer Frau aus der Mehrheitsgesellschaft die Frauenberatungsstelle BABSI um Vermittlung mit dem Krankenhaus in dieser Angelegenheit ersuchen sollte. Das lehnte diese jedoch ab.

Das Thema wurde später nicht mehr aufgegriffen. Allerdings hatten sich die türkischen Frauen trotz des Bemühens, ihr Anliegen innerhalb der Gruppe soweit möglich ernst zu nehmen, missverstanden und missachtet gefühlt. Über Umwege wurde bekannt, dass sie knapp daran gewesen waren, den Frauentreff geschlossen zu verlassen.

Die Bemerkung einer Frau aus der Mehrheitsgesellschaft „Jetzt redet`s doch deutsch“ wurde einmal sehr übel genommen. Das Übelnehmen wird durch Schweigen und durch Körpersprache ausgedrückt.

Insgesamt zeigt sich, dass die Gruppe nur eine begrenzte Fähigkeit zum Austragen von Konflikten besitzt. Das heißt, dass Konflikte eher unausgesprochen bleiben. So kommt es vor, dass Frauen im verdeckten Konfliktfall ohne besondere Gründe anzugeben von einem Treffen wegbleiben oder längere Besuchspausen einlegen.

Ein Beispiel mag die Entwicklung vor allem der türkischen Frauen in Richtung Offenheit und Annäherung an bisher ungewohnte Formen des Austauschs im Zusammenhang mit dem „Bunten Spielplatz“ zeigen. Als in der Planungsphase für dieses Projekt einmal der Pädagoge, und nicht wie sonst immer die Pädagogin zum Treffen kam, fühlte sich keine Frau durch die Präsenz eines Mannes in ihrer Runde brüskiert.

Andererseits blieben einmal zu einem späteren Zeitpunkt die türkischen Frauen dem Treffen fern, als der neue Sozialmarkt besichtigt und die Projektidee vom Initiator des Sozialmarktes vorgestellt wurde.⁸ Für das Thema hatte man sich in einem Treffen davor gemeinsam entschieden. Ob das Fernbleiben wegen des Mannes geschah, das Thema nicht wirklich interessierte, oder tatsächlich allen türkischen Frauen was dazwischen gekommen war, ließ sich nicht herausfinden.

Interkulturelle Erfahrungen: Durch die Wechsel der Orte allein hat sich eine Horizonterweiterung für alle Frauen ergeben. Das Kennenlernen der bescheidenen alten Moschee hat den nicht-muslimischen Frauen deutlich gezeigt, dass ein neues Gemeindezentrum dringend notwendig ist. Am Stolz und an der Freude über die schönen neuen Räumlichkeiten konnten dann alle teilnehmen. Ebenso teilten alle die Betroffenheit über ein zum wiederholten Mal eingeschlagenes Fenster in der neu errichteten Moschee, oder gar über das Hinterlassen von Fäkalien vor der Tür.

Auch für die nicht-muslimischen Frauen ist das muslimische Gemeindezentrum mit dem Gebetsraum ein vertrauter Raum geworden, in den einzutreten im Bereich der Normalität liegt. Das gleiche gilt für den katholischen Pfarrhof. Die unkomplizierte und offene Gastfreundschaft, die dort gewährleistet ist, nehmen alle Frauen gern an.

Ein Programmpunkt war einmal, sich in der katholischen Pfarrkirche zu treffen, Orgelspiel zu hören und die Orgel als Musikinstrument vorgestellt zu bekommen. Bei dieser Gelegenheit hatten sich die Frauen rund um den Altar versammelt und

⁸ Zu diesem Treffen kamen einige Frauen der Mehrheitsgesellschaft, die sonst noch nie gekommen waren. Manche von ihnen kommen regelmäßig oder fallweise wieder. Sie hatten vom Thema des Abends gehört und genau dafür Interesse gezeigt. Daraus lässt sich schließen, dass die Aktivitäten des Frauentreffs über die Gruppe hinaus wahrgenommen werden.

nacheinander in der jeweils eigenen Sprache laut für die anderen ein Gebet gesprochen. Darin kann sich eine nachhaltige interreligiöse Erfahrung zeigen.

Es ist zur Normalität geworden, dass in der Adventzeit die christlichen Frauen zu einem Adventabend und zu Ostern zu einem österlichen Abend einladen. Die Frauen erzählen, wie sie individuell die Vorbereitungen zu den großen Festen persönlich und in der Familie begehen. Das damit in Zusammenhang stehende Brauchtum wie die Lichter des Adventkranzes anzünden und ein Lied singen, oder Ostereier pecken, wird geteilt. Anlässlich des Festes Allerheiligen tauschen sich die Frauen darüber aus, wie sie jeweils in ihren Familien der Toten gedenken. Nahen Menschen, die im letzten Jahr verstorben sind, wird gedacht.

Auch die Einladung zum Fastenbrechen nach dem Ramadan in die Moschee ist schon zur Tradition geworden. Viele Fragen zum Fasten werden gestellt und beantwortet. Über die Bedeutung des weniger bekannten Fastenmonats Muharrem haben schon alle Frauen erfahren und die dazu gehörige traditionelle, aus zwölf Zutaten bestehende Fastenspeise gekostet.

Eine Frau gestaltete einmal einen Abend zur orthodoxen Religion und seinen Hauptfesten.

Die Frauen haben manche Ähnlichkeit in Bezug auf Feste feiern festgestellt. Immer geht es neben dem unmittelbaren religiösen Inhalt auch um ein spezielles Brauchtum, um ein bestimmtes Essen, um das Zusammensein mit der Familie und mit Freunden. Diese Erfahrung von Ähnlichkeit im Unterschiedlichen wirkt verbindend.

Die Frauen der Mehrheitsgesellschaft haben gelernt bzw. bemühen sich, hochdeutsch mit den migrantischen Frauen zu sprechen. Alle gelingt es immer besser, Blickkontakt beim Sprechen zu halten, langsam zu sprechen und vor allem, gut zuzuhören. Auf diese Weise erleben Frauen, deren Muttersprache nicht deutsch ist, dass sie sich sehr wohl auch auf Deutsch ausdrücken können und dass sie verstanden werden.

Wenn zwischendurch in die verschiedenen Sprachen der Anwesenden übersetzt wird, regt das immer wieder an, nachzufragen, wie denn dieses oder jenes in der anderen Sprache ausgedrückt wird. Einmal wurde der Ausdruck „herzlich willkommen“ von den Frauen in ihren verschiedenen Sprachen ausgesprochen, aufgeschrieben und versucht, von allen nachzusprechen. Im Protokoll wurden dann die verschiedenen „herzlich

willkommen“ an alle weiter gegeben. Multilingualität kann auf diese Weise wertgeschätzt und zunehmend als normal innerhalb der Gesellschaft erfahren werden.

Als im Herbst 2008 das Thema der Kinder, die auf Grund von verschiedenen Erstsprachen bzw. kulturellen und ethnischen Zugehörigkeiten nicht miteinander spielen, auftauchte, gab das den Frauen die Möglichkeit, in einem Bereich nach außen aktiv zu werden, der sie als Mütter direkt betrifft. Die möglichen Gründe für das Verhalten der Kinder wurden in der Gruppe besprochen und es wurde gemeinsam überlegt, was konkret getan werden könnte, um mehr Gemeinsamkeit zwischen den Kindern auf dem Spielplatz zu bewirken. In die Planung und Organisation des Projekts „Bunter Spielplatz“ waren alle Frauen einbezogen. Für manche Frauen war diese Aktivität ein vollkommen neues Betätigungsfeld.

Wenn die Frauen nach den Sommerferien wieder zusammen kommen, so erzählen sie einander von ihren Erfahrungen und Erlebnissen im Urlaub. Auch hier kommt eine große Vielfalt zum Ausdruck.

So ein Austausch geschieht meist strukturiert. Jeweils zwei Frauen, die nicht die gleiche Muttersprache sprechen, tauschen sich aus. Im nächsten Schritt tauschen sich dann zwei Paare aus, und erst dann kommen wieder alle zusammen.

Viele der miteinander geteilten Erfahrungen sind für sich gesehen unspektakulär. Ob sie in jedem Fall das Prädikat „interkulturell“ verdienen, hängt von der Definition des Begriffes ab. Auf jeden Fall schaffen die Frauen in ihren Treffen eine eigene sie alle verbindende Lebenswelt und entwickeln diese auch weiter. Dies kann trotz mancher Missverständnisse, mancher Unaufmerksamkeiten, frustrierender Erlebnisse und chaotischer Situationen, die sich ereignen, als wesentliches Ereignis angesehen werden.

Ausblick: Durch die persönlich engagierten Frauen, die ihre unterschiedlichen Fähigkeiten für die Gestaltung der Frauentreffen einbringen, gibt es immer wieder neue Themen und Inhalte, welche die Attraktivität des Frauentreffs bisher gewährleistet haben. Es ist zu hoffen, dass dies so bleibt.

In der seit Ende 2009 veränderten Organisationsstruktur (es übernimmt nicht mehr hauptsächlich ein bestimmtes Mitglied des Frauentreffs die Hauptverantwortung für das Zustandekommen und den Ablauf der Treffen) liegt die Chance, dass auch Frauen Organisationsaufgaben übernehmen, die sich das bisher nicht zugetraut haben. Gleichzeitig stellt diese Strukturveränderung mit dem ständigen Wechsel der

Verantwortlichkeit auch eine Belastung für die Kontinuität der Treffen und der inhaltlichen Arbeit dar.

Die Frauen des Frauentreffs werden auch von Seite der Stadtgemeinde als Akteurinnen im Bereich Interkulturalität und Integration anerkannt. Dies zeigt sich in der Einladung zum „Runden Tisch Integration“ (siehe oben). Aus dieser Mitarbeit könnten sich neue Inhalte für den Frauentreff und damit die Möglichkeit, an neuen Aufgaben zu wachsen und sich persönlich und als Gruppe weiter zu entwickeln, ergeben.

Evaluation: Obwohl nicht alle der Frauen, die regelmäßig zu den Treffen kommen, in der gleichen Intensität am Geschehen im Frauentreff teilhaben, sich einbringen und mitbestimmen, kann das Projekt als selbst organisierte und aktivierende Maßnahme gelten. Es richtet sich an Frauen der gesamten Gesellschaft.

Die Tatsache, dass die Frauen in dem ihnen möglichen Rahmen auf Segregation unter Kindern auf einem Spielplatz reagiert und ein Projekt gestartet haben, hebt den aktivierenden Charakter des Frauentreffs noch hervor. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten partizipieren auch die migrantischen Frauen an den notwendigen Tätigkeiten rund um die Vorbereitung und Durchführung des Projektes. Dem Interview einer Redakteurin einer lokalen Zeitung über den Bunten Spielplatz stellte sich bei einem Besuch in der Redaktion eine türkischstämmige Migrantin. Sie hatte deutsch erst als erwachsene Frau gelernt. Diese kommunikative Leistung kann auch als Akt von Empowerment gesehen werden. Sie ist nur in Kenntnis des gesamten Kontextes entsprechend hoch einzuschätzen.

Auch die kompensatorisch erscheinende Komponente der Förderung von Spracherwerb der migrantischen Frauen kann als aktivierend gelten. Sie stellt sich als interaktive Aufgabe dar, an der auch die muttersprachlich deutsch sprechenden Frauen ihre eigene kommunikative Kompetenz verbessern können.

7.3 Interkulturelles Frauen-Frühstück⁹

Im Herbst 2007 hatte eine Teilnehmerin des Frauentreffs in der Zeitschrift „Welt der Frau“ einen Artikel über ein interkulturelles Frauenfrühstück, zu dem sich Frauen

⁹ Anmerkung: Die Informationen zu dieser Beschreibung stammen von den Initiatorinnen, und von den Beobachtungen bei einem Besuch beim Frühstück durch die Autorin.

einmal im Monat treffen, gelesen. Sie stellte die Idee im Frauentreff vor. Zwei Frauen griffen die Idee auf und starteten diese Initiative in Freistadt.

Ziel: Eine Begegnungsmöglichkeit für Frauen unterschiedlicher Herkunft bieten. Sich in einem sehr freien und geselligen Rahmen austauschen und damit Fremdheitsgefühle überwinden können.

Ort: Die Treffen finden in der geräumigen Küche im katholischen Pfarrhof statt. Sie ist vormittags praktisch immer frei und deshalb einfach zu buchen.

Initiatorinnen: Zwei Frauen aus dem Frauentreff.

Zielgruppe: Alle Frauen, die sich ihre Zeit tagsüber frei einteilen können und Interesse am Austausch mit Frauen über Sprach- und Kulturgrenzen hinweg haben.

Zeit: Die Treffen finden während des Schuljahres jeden zweiten Mittwoch im Monat von 9:00 Uhr bis 11:00 Uhr statt.

Organisationsteam: Die beiden Initiatorinnen bekamen zu Beginn Unterstützung durch die interimistische neue Leiterin des Integrationsbüros. Diese nahm selber öfter an den Treffen teil und bewarb das Frauenfrühstück durch Flyer und auch durch einen Bericht in einer lokalen Zeitung. Wegen eines personellen Wechsels und neuer Schwerpunktsetzung im IB sind die Initiatorinnen seit einem knappen Jahr wieder allein für das Frühstück zuständig.

Ablauf: Mindestens eine der Initiatorinnen ist pünktlich um 9:00 Uhr vor Ort, bereitet Kaffee und Tee zu und deckt den Tisch. Die Besucherinnen nehmen das zum Frühstück mit, was sie selber gern essen wollen. Das wird mit allen geteilt. Ein pünktliches Erscheinen der Besucherinnen wird nicht erwartet. Die Frauen kommen und gehen, wie es ihren zeitlichen Möglichkeiten entspricht. Die Gesprächsthemen ergeben sich von selbst. Da sehr oft neue Frauen zum Frühstück kommen, ist eine Vorstellungsrunde ein häufiger Einstieg in die gemeinsame Interaktion. Zum Schluss wird gemeinsam aufgeräumt und der Raum ordentlich hinterlassen.

Prozess: Das Frauenfrühstück wurde von Beginn an gern von Frauen sowohl der Mehrheitsgesellschaft als auch von Migrantinnen angenommen. Allerdings fluktuiert der Besuch stark. Es ist auch schon vorgekommen, dass die Initiatorinnen allein da waren. Das war dann im nächsten Monat wieder ganz anders.

Durchschnittlich kommen 5 bis 15 Frauen zum Frühstück. Die Frauen scheinen es zu schätzen, dass keinerlei Erwartungen wie Pünktlichkeit, Konzentration auf ein Gesprächsthema etc. an sie gerichtet werden. Frauen mit türkischem Migrationshintergrund gehören zu den beständigen Besucherinnen.

Umgang mit Konflikten: Durch die lockere Atmosphäre und die offene Gestaltung des Begegnungsrahmens sind noch keine Konflikte zutage getreten. Mangelnde sprachliche Sensibilität, die sich durchaus beobachten lässt (Beispiel: „Mein Mann ist ein Türkenhasser, deshalb will er nicht mit mir in die Türkei fahren“), wird übergangen.

Interkulturelle Erfahrungen: Diese werden von den Initiatorinnen nicht speziell beabsichtigt oder thematisiert. Es scheint sich aber herumgesprochen zu haben, dass es beim Frauenfrühstück gut möglich ist, „andere“ (fremde) Frauen, z.B. solche mit Kopftuch, oder in ihren Gesichtszügen anders aussehende oder anders sprechende Frauen treffen zu können. Das bewegt auch Frauen der Herkunftsgesellschaft zum Besuch, die sonst den „Fremden“ eher nicht offen gegenüber stehen. Migrantinnen schätzen in dem Besuch die Möglichkeit, Frauen der Herkunftsgesellschaft zu treffen. Gerade für sie scheint dieser offene Treffpunkt ideal zu sein, da er zu einer Zeit stattfindet, die sie sich selbst einteilen können. So können sie selbstbestimmt eigene Kontakte außerhalb der Familie und Ethnie pflegen.

Ausblick: Sofern die Initiatorinnen weiterhin die Treffen organisieren, wird das Frauenfrühstück in dieser Form weiter bestehen. Es nimmt einen wertvollen Platz innerhalb der verschiedenen Begegnungsmöglichkeiten zwischen Einheimischen und Zugewanderten ein.

Evaluation: Trotz der einfachen Form kann die Initiative, die sich an Frauen der gesamten Gesellschaft richtet, als aktivierende Integrationsmaßnahme angesehen werden. Ihr Wert liegt unter anderem auch in der Beständigkeit des Angebots.

7.4 **Bunter Spielplatz**¹⁰

Im Herbst 2008 erzählte ein Mitglied des Frauentreffs, welches im Ausschuss für Integration und Soziales der Stadtgemeinde mitarbeitet, dass dort als Beispiel für mangelnde Kontakte zwischen Zugewanderten und Einheimischen das getrennte Spiel von Kindern mit verschiedenen Erstsprachen auf einem Spielplatz in einem Wohngebiet mit vielen migrantischen Familien erwähnt wurde. Konkret sei es so, dass entweder nur autochthone Kinder dort spielten, oder aber nur türkische Kinder zu sehen seien. Sobald die eine Gruppe den Spielplatz „besetzte“, mied ihn die andere Gruppe. Mehrere Frauen bestätigten diese Beobachtung.

Die türkischen Frauen ließen anmerken, dass sie darin eine gewisse Zurückweisung ihrer Kinder sehen würden. Andererseits hatten sie Verständnis dafür, dass aufgrund der unterschiedlichen Erstsprachen und der Größe und Kompaktheit der einzelnen Gruppen ein gemeinsames Spielen erschwert ist. Appelle an ihre Kinder, sie mögen doch deutsch reden, wenn sie deutschsprachige Kinder treffen, hatten keine Wirkung gezeigt.

Migrantische Frauen, die in Freistadt aufgewachsen sind, erzählten, dass sie in ihrer Kindheit sehr wohl mit den einheimischen Kindern gespielt hätten. Auf Grund der nun viel größeren Zahl von türkischsprachigen Kindern würden diese nicht mehr auf SpielgefährtenInnen mit anderen Erstsprachen angewiesen sein und könnten somit unter sich bleiben. Diese Art der Gruppenbildung, so wurde betont, passiert auch auf Seite der einheimischen Kinder.

Es wurde mit zwei ErlebnispädagogInnen Kontakt aufgenommen und mit diesen die Projektidee konkretisiert:

Einmal in der Woche soll auf dem Spielplatz in der Ginzkeystraße ein von ErlebnispädagogInnen gestaltetes attraktives Spielprogramm angeboten werden.

¹⁰ Anmerkung: Die Informationen zu dieser Beschreibung stammen aus dem eigenen Erleben und Beobachten, aus Gesprächen mit Frauen des Frauentreffs und mit den PädagogInnen.

Da das Projekt „Bunter Spielplatz“ Gegenstand einer Diplomarbeit an der Universität Linz im Fachbereich Soziologie ist, wird eine genaue Dokumentation darüber erscheinen.

Als Name für das Projekt wurde die Bezeichnung „Bunter Spielplatz“ entsprechend der dort anzutreffenden Verschiedenheit und Buntheit der Kinder gewählt.

Ziel: Das Entstehen von Gemeinsamkeit unter Kindern mit verschiedenen Erstsprachen. Sie sollen sich im Spiel aufeinander einlassen und mit der Zeit Fremdheitsgefühle voreinander abbauen. Abgrenzungstendenzen, Misstrauen und Vorurteile, die auch schon im Kindesalter zu finden sind, sollen gegenseitigem Respekt und gegenseitiger Akzeptanz weichen.

Dieses Angebot versteht sich als eine Ergänzung für den Freizeit-Bereich, in dem es bisher noch kein interkulturelles Angebot gab, zur wertvollen Arbeit der Pädagoginnen und Pädagogen in diesem Bereich in Schulen und Kindergärten.

Ein weiteres Ziel ist, dass die „Buntheit“, die sich im gemeinsamen Spiel der Kinder ausdrückt, sich auch außerhalb des Zeitraums des erlebnispädagogisch gestalteten Spiels zeigt und weiter entwickelt. Für die Beurteilung des Erfolgs eines solchen Prozesses ein geeignetes Messinstrument zu finden ist ein eigenes herausforderndes Thema.

Ort: Der Spielplatz in der Ginzkeystraße in Freistadt. Als Ort zum Ausweichen bei Schlechtwetter steht die nahegelegene alte Versteigerungshalle, ein der Stadtgemeinde gehörendes Gebäude, das derzeit ohne besondere Verwendung ist, zur Verfügung.

Der Bunte Spielplatz versteht sich in gewissem Sinn auch als virtueller Ort. Es gibt ihn nicht deshalb, weil er durch Äußerlichkeiten bunt gestaltet wird, sondern weil sich die oben beschriebene Gemeinsamkeit unter den Kindern ereignet.

Initiatorinnen: Die Frauen des Frauentreffs entwickelten das Projekt gemeinsam mit den ProjektleiterInnen, der Soziologin in Ausbildung und Erlebnispädagogin Christine Schulz, und des Sozial- und Spielpädagogen Harry Schulz.

Zielgruppe: Kinder mit und ohne Migrationshintergrund, die den Spielplatz frequentieren. Speziell angesprochen sind ältere Kindergartenkinder und Volksschulkinder.

Vorbereitungsphase: Diese erstreckte sich von September 2008 bis April 2009. Bis Weihnachten 2009 bestand die Vorbereitung in der inhaltlichen Auseinandersetzung innerhalb des Frauentreffs mit dem Thema, und im Suchen nach einer Handlungsoption. Eine Frau hatte dann die oben skizzierte Idee mit dem Angebot der Erlebnispädagogik,

da sie die PädagogInnen persönlich kennt. In einigen Gesprächen innerhalb und auch außerhalb der Treffen des Frauentreffs wurde mit den PädagogInnen in der Folge das Projektziel besprochen, die Vorgehensweise erarbeitet und gemeinsam ein Antrag um finanzielle Unterstützung des Projektes für die Finanzierung der Arbeit der PädagogInnen an die Stadtgemeinde Freistadt gerichtet. Der Antrag wurde positiv erledigt.

Um öffentlichkeitswirksam auf den Start des Bunten Spielplatzes aufmerksam zu machen, organisierten die Frauen am 18. April 2009 ein Fest auf dem Spielplatz. Die Einladung zum Fest wurde vor allem von der migrantischen Bevölkerung des Wohngebietes angenommen. Dazu kamen viele Personen der Mehrheitsbevölkerung aus anderen Teilen der Stadt. Schätzungsweise nahmen ca. 350 Personen am Fest teil. Allerdings waren nur wenige migrantische Väter gekommen. Es stellte sich heraus, dass diese an Samstagen meist noch arbeiten. Um auch sie speziell anzusprechen, fand 2010 das Fest zum Start des Projektes nach der Winterpause an einem Sonntag statt.

Für das Fest und für das Projekt wurde 2009 und 2010 in den lokalen Zeitungen mit Artikeln und Bildern, in der ganzen Stadt mit Plakaten, und in den Schulen und Kindergärten mit Handzetteln geworben. Da es für das Fest außer der Spende einer Bank von € 50,00 (2010 € 70,00) keine finanziellen Mitteln gab, erbaten die Frauen, migrantische und einheimische, von den Bäckereien, bei denen sie einkaufen, Brotspenden als Grundlage für selbst zubereitete Aufstriche.

Planung, Organisation und Durchführung der Feste könnten als eigene Projekte des Frauentreffs, an dem einheimische und migrantische Frauen nach ihren jeweiligen Möglichkeiten gemeinsam arbeiteten, gewertet werden.

Zeit: Seit dem 9. April 2009 gibt es das Spielangebot jeden Donnerstag zwischen 14:00 Uhr und 16:00 Uhr. Nach der Sommerpause wurde eine halbe Stunde später begonnen und später geendet, da 14:00 Uhr als Beginn für manche Kinder zu früh war.

Ursprünglich war geplant, das Projekt auch über die Sommerferien fortzuführen. Es hatte sich aber gezeigt, dass an wirklich heißen Nachmittagen manche Kinder das Freibad dem Spielplatz vorziehen, und in den Sommerferien viele Kinder verreist sind. In Auswertung dieser Erfahrungen wurde 2009 Ende Juli beschlossen, bis Schulbeginn zu pausieren, um die Nachmittage mit Schulbeginn bis Mitte Oktober wieder

aufzunehmen. 2010 wurde gleich mit Schulschluss geendet, um mit Schulbeginn weiter zu machen.

Ursprünglich war vom Ausschuss für Integration und Soziales nur die Finanzierung der PädagogInnen für vier Nachmittage zugesagt. Da der Projektstart zufriedenstellend verlief, wurde die Finanzierung für 12 weitere Nachmittage genehmigt. Mit diesem Rahmen wäre es nicht möglich gewesen, das Projekt mit Ausnahme der Sommerferien von April bis Oktober durchgehend durchzuführen. Da einzelne Frauentreff-Frauen die Gestaltung einiger Nachmittage nach Anleitung der PädagogInnen übernahmen, wenn diese verhindert waren, war 2009 letztlich ein durchgehendes Angebot, mit Ausnahme von Feiertagen und eines Teils der Sommerferien, möglich.

Organisationsteam: Einzelne Frauen des Frauentreffs, Migrantinnen und Einheimische, bilden eine lose Gruppe, die Informationsarbeit macht, und mit den PädagogInnen Strukturelles (z.B. Anpassung der Zeiten, Sommerpause) bespricht und den Prozess beobachtet. Zwei Frauen der Mehrheitsgesellschaft übernehmen dabei die Hauptverantwortung und halten den Kontakt zur Stadtgemeinde.

Es ist Teil der Projektidee, dass an jedem Nachmittag Frauen des Frauentreffs am Spielplatz anwesend sind, um die PädagogInnen bei Bedarf zu unterstützen. Sie wollen auch für Gespräche mit begleitenden Müttern, Großmüttern, Tanten etc. oder sonstigen interessierten Personen, die im Vorbeigehen kurz das Gespräch suchen, zur Verfügung stehen.

Die Rolle in diesem Prozess ist bei Frauen des Frauentreffs, die ihre Kinder begleiten und ansonsten nicht speziell im Projekt involviert sind, und Frauen, die extra an den Nachmittagen zum Spielplatz kommen, fließend. Bei Bedarf geben auch die nicht direkt involvierten Frauen Auskunft oder springen ein, wenn z.B. eine Erwachsene für das Halten der Schnur beim Schnurspringen, für das Sichern eines Kindes beim Klettern etc. gebraucht wird.

Ablauf: Die PädagogInnen treffen ca. 30 Minuten vor Beginn auf dem Spielplatz ein und bereiten mitgebrachte Materialien vor. Es handelt sich dabei Großteils um einfache Dinge aus der Natur, z.B. Zapfen von Nadelbäumen, Blätter, Steine. Sie haben aber auch Schnüre, Planen, Tücher, Kisten, Stäbe etc. dabei. Einige Kinder können von ihren Wohnungen vom Fenster aus Christine und Harry (die PädagogInnen) sehen und

kommen bald danach angelaufen. Oft rufen sie per Handy andere FreundInnen zum Spielplatz.

Der gemeinsame Beginn wird mit einem Bewegungsspiel, das sich zu einem Ritual mit Wiedererkennungswert für die Kinder entwickelt hat, gestaltet. Dieses Spiel, das „Pferderennen“, ist bald zum Markenzeichen des Bunten Spielplatzes geworden. An ihm nehmen auch anwesende Erwachsene immer wieder gern teil. Zur Halbzeit gibt es eine kurze Pause, in der sich die Kinder stärken. Auch für das Ende hat sich ein Ritual etabliert.

Prozess: Am Anfang waren es vor allem die Kinder der migrantischen Frauen vom Frauentreff bzw. Kinder mit türkischem Migrationshintergrund aus dem Wohngebiet rund um die Ginzkeystraße, die zum Spielplatz kamen. (Die autochthonen Frauentreff-Mitglieder hatten entweder schon erwachsene Kinder oder wohnten nicht im betreffenden Wohngebiet).

Mit der Zeit erschienen migrantische Kinder mit anderen Erstsprachen als türkisch, z.B. zwei tschetschenische Mädchen, ein eben erst mit seiner Mutter aus der Ukraine nach Österreich übersiedelter Bub, zwei nigerianische Kinder, Bub und Mädchen. In dieser nun bunter gewordenen Gruppe zeigte sich langsam die Notwendigkeit, sich zur Verständigung auf die Verwendung einer gemeinsamen Sprache zu einigen. Um auf die Kinder mit noch geringen Deutschkenntnissen Rücksicht zu nehmen, lernten die Kinder, allgemein etwas leiser zu werden und mehr aufeinander und auch auf die PädagogInnen zu hören.

Autochthone Kinder ließen nach knapp zwei Monaten Projektdauer noch auf sich warten. Die Frauentreff-Frauen starteten eine weitere Offensive der Öffentlichkeitsarbeit in Form eines Elternbriefes mit einer speziellen Einladung zum Bunten Spielplatz, der mit Erlaubnis der Direktorin über die Kinder der Volksschule im Wohngebiet an alle Eltern der Volksschulkinder verteilt wurde. Ob es diese Maßnahme war, die letztlich die „Integration der autochthonen Kinder“ in eine Aktivität, in der Heterogenität als normal gilt, bewirkte, oder Kinder vielmehr durch persönliche Kontakte kamen, lässt sich im Nachhinein nicht sagen.

Kleine Begebenheiten, wie eine Frau, die im Vorbeigehen fragte, ob bei dieser Aktivität nur türkische Kinder dabei sein dürften, oder eine andere Frau, die bedauerte, dass ihre Tochter an Donnerstagen bisher wegen der Vorbereitung zur Erstkommunion nicht habe

kommen können, und andere persönliche Kontakte auf dem Spielplatz haben schließlich zum vereinzelt Besuche zuerst hauptsächlich autochthone Mädchen, und dann auch von Buben geführt. Ende Juli 2009 mit Beginn der Sommerpause waren ca. ein Drittel der Kinder beim Bunten Spielplatz Einheimische.

Das Spiel der Kinder ist nur ein Teil des Effektes des Bunten Spielplatzes. Immer wieder ergibt es sich, dass die begleitenden Frauen mitspielen. Beim Schnurspringen braucht es zwei Frauen, die die Schnur schwingen, damit die Kinder durchlaufen oder springen können. Dann passiert es, dass eine Frau ihre Kleider rafft und den Kindern zeigt, wie gut sie selbst springen kann. Auch beim Ballspielen kommt es immer wieder einmal vor, dass die Frauen mitspielen oder den Ball für sich nehmen, wenn die Kinder was anderes spielen. Dann haben nicht nur die Kinder ihre Freude, sondern auch die Frauen lachen herzlich und sind begeistert beim Spielen.

Die durchschnittliche Anzahl der teilnehmenden Kinder liegt bei ca. 15 bis 20 Kindern in der Altersgruppe von 5 bis 10 Jahren. Obwohl die Gruppengröße variiert, hat sich mittlerweile eine Kerngruppe gebildet, die an den Donnerstagen nahezu immer am Spielplatz dabei ist. Interessant dabei ist zu beobachten, dass die Kinder unabhängig vom Migrationshintergrund extra für das aktive Programm auf den Spielplatz (oft mit ihren Müttern) kommen und nach dem Ausklingen die Mehrheit der Kinder wieder den Spielplatz verlässt.

Es hat sich gezeigt, dass an den Donnerstagnachmittagen der Spielplatz ganz unproblematisch auch von anderen Kindern parallel zum Spielprogramm genutzt wird. Manche, vor allem größere Kinder nehmen an bestimmten Spielen der PädagogInnen teil, um sich dann wieder ihrem eigenen Spiel allein oder gemeinsam mit FreundInnen zuzuwenden. Auch kleinere Kinder spielen oft nur bei einzelnen Spielen mit und kommen dann zu ihren Müttern zurück. So variiert die Anzahl der teilnehmenden Kinder im Verlauf eines Nachmittags bei den verschiedenen Spielen in einem überschaubaren Maß. Dies bedeutet eine zusätzliche gestalterische Herausforderung für die PädagogInnen. Es ermöglicht ihnen aber auch eine größere Bandbreite von Spielangeboten und damit mehr gestalterische Freiheit, da sie davon ausgehen können, dass die Kinder an dem teilnehmen, das für sie gerade gut passt.

Auf Grund einer Information und einer Einladung in der Gemeindezeitung im Juni 2010 über den Bunten Spielplatz wurden weitere autochthone Familien des Wohngebietes auf das Angebot aufmerksam bzw. haben diese angenommen. Somit ist die Teilnahme

autochthoner Kinder, die das Spielangebot beständig nutzen, zur Selbstverständlichkeit geworden.

Umgang mit Konflikten: Als sich Anfang Juni 2009 immer noch keine autochthonen Kinder beim Bunten Spielplatz zeigten, wurden die Frauen vom Frauentreff bezüglich des gewünschten Erfolgs des Projektes besorgt. In der Gruppe wurde überlegt, das pädagogische Angebot abwechselnd auf die einzelnen kleinen an die Wohnblöcke im Wohngebiet angeschlossenen Spielflächen zu verlagern in der Hoffnung, dort eher auch autochthone Kinder ansprechen zu können.

Diese Überlegung und die Informationsbriefe an die Eltern lösten bei den PädagogInnen Stress aus. Sie befürchteten, von ihnen würde quantitative Arbeit erwartet, und fühlten sich in ihren erlebnispädagogischen Zielen missverstanden und zu wenig unterstützt.

Eine Aussprache half weiter. Christine und Harry Schulz erklärten nochmals den Frauen den Hintergrund der erlebnispädagogischen Arbeit. Deren Bedeutung liegt im Beziehungsaufbau mit den Kindern, im Erleben von Kontinuität und im Lernen, Gefühle wahrnehmen und ausdrücken zu können. Sie machten den Unterschied zu Spielanimation deutlich. Diese kann mit einer großen Anzahl von Kindern funktionieren. Für ihre spezielle pädagogische Arbeit waren 15 Kinder bereits eine Obergrenze, die zu überschreiten gar nicht erstrebenswert war.

Diese Klarstellung reduzierte den Erfolgsstress bei den Frauen und ermöglichte die nötige Akzeptanz und Rückenstärkung für die Arbeit der PädagogInnen.¹¹

Interkulturelle Erfahrungen: Das Bewusstsein für die Vielfalt der Sprachen und für die Notwendigkeit, aufeinander zu hören um sich verständigen zu können, ist für die Kinder eine wichtige Erfahrung. Eine russischsprachige Mutter hat einmal den Kindern ein Lied in russischer Sprache beigebracht, das seither immer wieder gesungen wird. Es gibt Bewegungsspiele in unterschiedlichen Sprachen. Das Zählen in den verschiedenen Sprachen gehört ebenfalls zur gemeinsamen Erfahrung.

Das PädagogInnen-Paar selbst ist Anlass für interkulturelle Lernerfahrungen. Es ist für viele Kinder ein spezielles Erlebnis, dass sich ein Mann im Spiel auf sie einlässt.

¹¹ Ein Text, in dem die erlebnispädagogische Arbeit in einfachen Worten erklärt wurde, wurde an alle Frauen gesendet bzw. verteilt. Dieser Text wurde auf Grund seiner Klarheit, inhaltlichen Aussagekraft und praktischen Relevanz sogar in einem Deutschkurs von der Lehrerin für das Sprachlernen verwendet.

Gleichzeitig erleben sie auch die Frau als energisch, kreativ und selbstbewusst und das Paar insgesamt als gleichberechtigt und gleichbefähigt.

Mädchen und Buben haben die Möglichkeit, von sich aus mehr den Kontakt zur Frau oder zum Mann zu suchen. Mit der Zeit haben die Kinder begonnen, auch untereinander in der Berührung freier, aber auch behutsamer zu werden. Wenn Kinder eine Aufgabe lösen müssen, die ein gegenseitiges Unterstützen in der Bewegung verlangt (z.B. sich auf einer Plane stehend gemeinsam fortbewegen, oder sich beim Abseilen gegenseitig sichern, oder auf einer schwankenden Fläche miteinander das Gleichgewicht finden etc.), so wird es für sie Ethnien- aber auch geschlechterübergreifend selbstverständlicher, sich gegenseitig wahrzunehmen und anzufassen. Diese Veränderung bzw. Entwicklung zeigt sich überwiegend im zweiten Jahr des Bestehens des Angebotes.

Das Thema Berührung ist nicht nur unter den Kindern auf eine wertschätzende Weise präsent, sondern betrifft auch die Frauen auf dem Spielplatz, wenn sie z.B. vom Pädagogen begrüßt werden. Dabei zeigen sich verschiedene Begrüßungsformen, wie sie den unterschiedlichen Beziehungen bzw. Bekanntheitsgraden entsprechen. So war einmal das Hand geben zwischen Mann und Frau ein Thema. Einige Frauen, die Berührungskontakt zu Männern aus religiösen Gründen ablehnen, kamen zur Auffassung, dass sie unterscheiden könnten zwischen der Begrüßung eines Angehörigen ihrer Religion, dem sie die Hand auch weiterhin nicht geben würden, und eines Mannes, mit dem sie nicht die Religionszugehörigkeit verbindet.

Ausblick: Das Projekt, das im Moment auf Grund der Sommerferien pausiert, wird mit Schulbeginn wieder bis in den Spätherbst hinein weitergeführt. Die Entwicklung kann als uneingeschränkt positiv bezeichnet werden. Das Angebot wird beständig angenommen und ist zu einem fixen Bestandteil im Erleben der Kinder und auch teilweise deren Familien und Nachbarn geworden.

Angedacht ist, den Spielplatz, der eher vernachlässigt wirkt (abends wird er von Jugendlichen als Treffpunkt verwendet, die Getränkedosen und Zigarettenstummel hinterlassen), insgesamt freundlicher und attraktiver durch Pflanzen und zusätzliche Geräte zu gestalten. Weiters sollte er auch größeren Kindern und Jugendlichen durch entsprechende Geräte einen Anreiz bieten, sich zu betätigen. Ein so gestalteter Spielplatz könnte letztlich einen Beitrag zur Aufwertung des gesamten Wohngebietes leisten. Allerdings muss sich zeigen, ob die Initiatorinnen des Projektes gemeinsam mit

den PädagogInnen und eventuell den Eltern der Kinder, die regelmäßig zum Spielplatz kommen, ein solches Projekt in Angriff nehmen werden. Die Unterstützung der Stadtgemeinde vor allem auch in finanzieller Hinsicht ist dafür ebenfalls ausschlaggebend.

Die Übernahme der Kosten für die PädagogInnen durch die Stadtgemeinde ist für 2010 mit einem um 10% geringeren Betrag im Vergleich zu 2009 gesichert. Um trotzdem das Spielprogramm durchgehend von April bis Oktober mit Ausnahme der Sommerferien anbieten zu können, sind nicht an jedem Termin beide PädagogInnen auf dem Spielplatz anwesend. Auf diese Weise ließ sich die Einsparung bewerkstelligen.

Dass sich das Projekt so erfolgreich entwickelt hat, ist neben dem Einsatz der Frauentreff- Frauen vor allem der ausgezeichneten pädagogischen Arbeit und dem persönlichen Engagement von Christine und Harry Schulz zuzuschreiben. Der Bunte Spielplatz war ursprünglich für einen überschaubaren Zeitraum geplant. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die beiden PädagogInnen auch in der weiteren Zukunft diese Arbeit mit ihren sonstigen Verpflichtungen vereinbaren können.

Frauen des Frauentreffs haben 2010 nicht bei einzelnen Spielnachmittagen die PädagogInnen vertreten. Die wenigen Spielnachmittage, die von ihnen 2009 übernommen wurden, stellten eine zu große Herausforderung für sie dar. Die im Projektantrag ursprünglich als Möglichkeit dargestellte bzw. geplante spätere Übernahme des Spielangebotes durch Frauen des Frauentreffs erweist sich somit als kein gangbarer Weg. Unverbindliche Anfragen an Kinderfreunde und Pfadfinder, die bei den Spielplatz-Festen mitgewirkt hatten, ob sie Interesse an einer Übernahme des Angebotes hätten, falls Christine und Harry Schulz dieses nicht mehr weiterführen könnten, verliefen negativ.

Evaluation: Der Prozess der Öffnung und Kommunikation, der im Spiel und im Austausch auf dem Spielplatz stattfindet und sichtbar wird, ist ein Beispiel für aktive Integration von Kindern der Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft, an dem auch Familien und Nachbarn Anteil haben.

Das Projekt birgt Potential für die Entwicklung des Wohngebietes und für die Wahrnehmung des Themas „Integration“ in ganz Freistadt. Damit dieses Potential entsprechend genutzt und weiterentwickelt werden kann, braucht es gezielte und engagierte Weiterarbeit.

7.5 Resümee

Alle Projekte und Initiativen sind durch persönliches und ehrenamtliches Engagement entstanden und funktionieren selbst organisiert und selbst gesteuert. Sämtliche Projekte richten sich an die gesamte Gesellschaft, Zugewanderte wie Einheimische. Das gemeinsame Lernen mag sich in der beständigen Bereitschaft zur Begegnung und zur Teilnahme an der jeweils anderen Lebenswelt sowie zur Mitarbeit an der Verwirklichung gemeinsamer Ziele ausdrücken.

Der Verzicht auf kognitive Wissensvermittlung, welche nach Nazarkiewicz nicht zum Interkulturellen Lernen beiträgt, ergibt sich aus der Nichtexistenz der Rolle der Lehrerin/des Lehrers. Jede teilhabende Person hat die Möglichkeit, sich mit ihren Erfahrungen und mit ihrem Wissen einzubringen.

Es handelt sich bei den Projekten nicht um eine Schulungssituation mit disziplinierendem Charakter im Sinne Foucaults.

Die Kontinuität, die alle Projekte auszeichnet, unterscheidet sie von vereinzelt Angeboten ohne Folgewirkung.

8 Die Integrationsprojekte in Freistadt im Vergleich mit Best Practice Integrationsprojekten in Steyr

Die Stadt Steyr mit seiner im Vergleich zu Freistadt beträchtlich längeren Erfahrung in der Initiierung und Durchführung von Integrationsprojekten bot sich für eine vergleichende Betrachtung und Einschätzung der Projekte in Freistadt an. Die Gegenüberstellung soll einen distanzierten und dadurch versuchsweise objektiven Blick auf die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der Integrationsprojekte bzw. der interkulturellen Öffnung in Freistadt insgesamt erlauben.

In der Folge wird das Integrationszentrum Paraplü, das in Steyr Initiatorin und Anbieterin vieler Projekte und Leistungen ist, dargestellt. Dann folgen eine Beschreibung des Integrationsbüros Freistadt, eine Darstellung der interkulturellen Entwicklung in den beiden Städten, ein Vergleich in Bezug auf die Integrationsprojekte in den beiden Städten und ein abschließendes Resümee.

8.1 Paraplü in Steyr: Vom Integrationsprojekt zum Integrationszentrum¹²

Auf Grund der Revolution in Rumänien 1989 und der Kriege in Bosnien und Exjugoslawien Anfang der 1990er Jahre waren viele Flüchtlinge nach Steyr gekommen. Durch das Engagement einzelner Bürgerinnen und Bürger entstand eine rege soziale Szene, die sich die Unterstützung der Vertriebenen und Geflüchteten zum Ziel setzte. Es ging darum, für diese Menschen Wohnungen und Arbeit zu suchen, sie beim Spracherwerb zu unterstützen und ihnen in persönlichen und sozialen Belangen beizustehen, also überlebensnotwendige Integrationsarbeit zu leisten. Im Lauf der Zeit stellte sich heraus, dass diese Aufgabe auf Dauer nicht mehr nur ehrenamtlich erfolgen kann. Der erste Schritt auf dem Weg zum Integrationszentrum war die Initiierung des Integrationsprojektes "PARAPLÜ" im Jahr 1994 in der Trägerschaft der Caritas OÖ. Die inhaltliche Verantwortung für die Integrationsarbeit, die ursprünglich von einem Personenkomitee getragen wurde, ging ab 1997 voll in die Verantwortung der Caritas über. Im selben Jahr wurde der Steyrer Beirat für Integrationsfragen gegründet. In ihm sind bis heute VertreterInnen des Gemeinderates und von Paraplü sowie in- und ausländische BewohnerInnen Mitglieder. Der Beirat dient als Bindeglied zwischen der Kommunalpolitik und den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. 2001 bekam Paraplü den Status eines Integrationszentrums und somit den einer eigenständigen sozialen Einrichtung in Steyr. Finanziell unterstützt wird Paraplü von Land OÖ, der Stadt Steyr und den SpenderInnen der Caritas.

Ziel: Neben dem ursprünglichen Ziel der Unterstützung von Flüchtlingen aus Krisengebieten will Paraplü gemäß der Bedeutung des Wortes „Schirm“ einen Schutz all jenen Menschen, die Schutz brauchen, bieten. Paraplü versteht sich als Zentrum für In- und AusländerInnen und will Kommunikation und Verständnis zwischen den verschiedenen Nationalitäten fördern und nachhaltig verbessern sowie Vorurteile abbauen. Paraplü bietet, in Abgrenzung zur ebenfalls in Steyr angesiedelten

¹² In zwei ausführlichen Gesprächen mit der neuen Leiterin (seit 1.7. 2010) des Integrationszentrums Paraplü in Steyr, Frau Dr.in Hildegund Morgan und mit der früheren Leiterin Frau Mag.a Brigitte Egartner, kristallisierte sich die obige Darstellung von Paraplü heraus. Die Diktion der Gesprächspartnerinnen wurde Großteils übernommen. Weitere Informationen wurden der Homepage und dem Jahresbericht 2009 entnommen. Wegen der besseren Lesbarkeit und Vergleichbarkeit wird für die Beschreibung dieselbe Struktur wie bei den Projekten in Freistadt gewählt.

MigrantInnen-Hilfe der Caritas, keine Einzelfall-Hilfe an. Die neue Leiterin von Paraplü, Dr.in Hildegund Morgan, betont die Wichtigkeit von Bewusstseinsbildung als zentraler Zielsetzung.

Ort: Die Räumlichkeiten von Paraplü (Büroräume und Schulungsraum) befinden sich auf dem Stadtplatz in Steyr. Durch Kooperationen mit Bildungs-, Kultur- und Sozialeinrichtungen und Angebote an diese finden die Aktivitäten an unterschiedlichen Orten statt.

InitiatorInnen: Die Menschen, die ursprünglich initiativ waren und sich als Personenkomitee organisierten hatten, haben sich aus der operativen Arbeit zurückgezogen. Ihre beispielgebende Pionierarbeit wurde anlässlich 15 Jahre Paraplü im Jahr 2009 offiziell gewürdigt.

Zielgruppe: Alle in Steyr lebenden Menschen sollen von der Arbeit von Paraplü profitieren können.¹³

Organisationsteam: Neben der Leiterin teilen sich derzeit drei weitere MitarbeiterInnen, von denen zwei eigenen Migrationshintergrund haben, zwei Planstellen.

Prozess: Die ursprüngliche Absicht der InitiatorInnen war, Menschen in offensichtlichen Notlagen zu helfen. Das bedeutete zuerst, Unterkunft und Schutz zu geben, und bald darauf, Sprachkurse und Arbeit zu organisieren. Weiters wurden Begegnungsmöglichkeiten zwischen den Flüchtlingen und den Einheimischen geschaffen. Die Übernahme der Trägerschaft und später auch der inhaltlichen Leitung durch die Caritas ermöglichte die Umstrukturierung von humanitär motivierter, dem sozialpädagogischen Schutz- und Hilfsgedanken verpflichteter Arbeit zum Integrationszentrum als eigenständiger Sozialeinrichtung und als Promotorin für kulturelle Vielfalt und interkulturellen Austausch.

Umgang mit Konflikten: Nach Auskunft von Frau Mag.a Egartner war der Übergang von der Ehrenamtlichkeit in die Trägerschaft der Caritas auch von Brüchen begleitet.

¹³ Die Angebotspalette - sie ist unter folgender Webadresse zu finden - <http://www.paraplue-steyr.at/unsere-angebote/> zeigt, dass Paraplü für alle Bevölkerungsgruppen da ist.

Manche Ehrenamtliche der ersten Stunden zogen sich von Paraplü zurück. Die Zusammenarbeit von Ehren- und Hauptamtlichen ist immer eine Gratwanderung, deren Koordination viel Geschick und Feingefühl verlangt. Brüche bedeuteten auch verschiedene Leitungswechsel. Je nach der Persönlichkeit der leitenden Person stand auch Einzelfallhilfe in Zentrum der Arbeit. Dies führte zu einer Vernachlässigung von Integrationsarbeit als Querschnittmaterie. Derzeit stehen (wieder) der Querschnittgedanke und Netzwerkarbeit im Mittelpunkt der Tätigkeit von Paraplü.

Bei der Auswahl von MitarbeiterInnen stellt sich die Frage, welche Bedeutung eigene Migrationserfahrung und insbesondere die muttersprachliche Kenntnis von Sprachen, die von vielen MigrantInnen gesprochen werden, für eine erfolgreiche Integrationsarbeit hat. MitarbeiterInnen mit eigenem Migrationshintergrund und entsprechenden Sprachkenntnissen können den Zugang zu bestimmten Gruppen von MigrantInnen erleichtern. Weiters können sie Dolmetsch-Dienste übernehmen. Ob eine mangelnde soziologische und interkulturelle Bildung durch diese Fähigkeiten und Möglichkeiten ausgeglichen werden kann, ist ein heikles Thema, das auch außerhalb von Paraplü noch kaum angesprochen wird.

Ausblick: Das Integrationszentrum Paraplü hat sich zu einer breit akzeptierten Sozialeinrichtung in Steyr entwickelt. Eigenständig oder in Kooperation mit anderen Sozialeinrichtungen (Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheit) werden laufend Projekte entwickelt, durchgeführt und evaluiert.

Im Jahresbericht 2009 betont Frau Mag. Egartner im Kapitel „Ausblick“, dass

- eine vermehrte Öffnung der Regelsysteme für MigrantInnen
- das Sichtbarmachen von Ausschlussmechanismen
- das Erreichen von neuen Zielgruppen

im Mittelpunkt der weiteren Arbeit von Paraplü stehen wird. Allerdings betont sie auch, dass auf Grund der knappen finanziellen und personellen Ressourcen der Erhalt von bestehenden Projekten bereits ein Maximum an Kraftanstrengung bedeutet. Die Mitarbeit von Ehrenamtlichen und die Unterstützung durch SpenderInnen sind für eine weitere Vergrößerung des Aktionsradius eine Notwendigkeit.

Evaluation: Die Meilensteine in der Entwicklung von Paraplü zeigen die Veränderung des Angebotes von sozialpädagogischen und kompensatorischen Hilfen für Zugewanderte und Flüchtlinge zu einem Integrationszentrum mit der zentralen Aufgabe der Aktivierung aller in Steyr lebenden Menschen. Das Lern- und Entwicklungsangebot für eine interkulturelle Öffnung durch Bewusstseins- und Öffentlichkeitsarbeit und durch die Gestaltung von Bewegungsmöglichkeiten richtet sich an die gesamte Bevölkerung.

Allerdings hat Steyr als Stadt mit eigenem Statut keine/n Integrations-Stadträtin/Stadtrat. Dadurch fehlt eine offizielle Ansprechperson auf der Ebene der Stadtpolitik und Verwaltung. Paraplü ist eine anerkannte Einrichtung, hat aber kein politisches Mitspracherecht. Daher sind die Möglichkeiten zur Implementierung von Integration als Querschnittaufgabe für die gesamte Kommune auf den finanziellen und personellen Rahmen, der Paraplü zur Verfügung steht, beschränkt.

8.2 Integrationsbüro Freistadt¹⁴

Auf Grund von Verständigungsschwierigkeiten mit türkischstämmigen KlientInnen trat 1994 die Leiterin der Volkshilfe Freistadt, Frau Monika Hofer, an Frau Carikci heran, für diese KlientInnen-Gruppe in der Arbeiterkammer in Freistadt als Beraterin in Form eines Sprechtags einmal wöchentlich zur Verfügung zu stehen. Aus dieser ehrenamtlichen Tätigkeit von Frau Carikci wurde 2002 eine bezahlte Anstellung. 2003 wurde das Integrationsbüro (IB) unter der Trägerschaft der Volkshilfe Linz, Abteilung Kommunale Integration, in Freistadt eröffnet.

Aufgabenbereich: Neben der Beratungstätigkeit hat das IB, das in eine Struktur von zehn Integrationsbüros in OÖ eingeschlossen ist, vom Land OÖ den Auftrag, Deutsch-Kurse und Lernförderung an Schulen im Bezirk durchzuführen. Das IB ist auch Kooperationspartner bei der Durchführung der „Gemeindenahen Integration“ im Sinn des Integrations-Leitbildes. In Kooperation mit anderen Einrichtungen organisiert es Begegnungsmöglichkeiten für einheimische und zugewanderte Bürger. Außerdem kann

¹⁴ Folgende leicht gekürzte Information über die Entstehung und den Aufgabenbereich des Integrationsbüros Freistadt gab die Leiterin, Frau Cigdem Carikci, in schriftlicher Form auf Grund einer schriftlichen Anfrage. Durch die Verschriftlichung sollte eine objektive Darstellung, die durch die persönliche Bekanntschaft der Autorin mit Frau Carikci gefährdet sein konnte, möglichst gewahrt bleiben.

das IB Organisationen, Vereine, Einrichtungen beim Umsetzen von Integrationsmaßnahmen unterstützen bzw. als Kooperationspartner auftreten. In Zukunft wird es eine Neuorientierung in Richtung Netzwerk-Arbeit geben.

Die finanzielle Unterstützung durch die Stadtgemeinde Freistadt ist jedes Jahr neu zu beantragen. Frau Carikci ist mit 20 Wochenstunden beschäftigt.

Evaluation: Die Beratungstätigkeit fällt in den sozialpädagogischen, die Organisation von Deutschkursen und Förderunterricht in den kompensatorischen Bereich von Integrationsmaßnahmen. Der aktivierende Charakter vieler einzelner Aktivitäten – ob in Kooperation oder unter alleiniger Trägerschaft des IB durchgeführt – kann in der kurzen Darstellung, die nur zur Verfügung stand, nicht entsprechend zum Ausdruck kommen.

8.3 Vergleich der interkulturellen Entwicklung in Steyr mit Freistadt

Die interkulturelle Entwicklung von Steyr und Freistadt lassen einige Ähnlichkeiten, vor allem aber Unterschiede erkennen.

Auch in Freistadt formierte sich in den frühen 1990er Jahren eine aktive Gruppe von Ehrenamtlichen aus dem Umfeld der katholischen Pfarrgemeinde, die bosnische Flüchtlinge in ähnlicher Weise unterstützte wie in Steyr. Als diese Menschen schließlich auf eigenen Beinen standen oder weiter gereist waren, löste sich die Gruppe der Engagierten im Gegensatz zu Steyr wieder auf. Das Thema des interkulturellen Zusammenlebens wurde zu diesem Zeitpunkt von der Zivilgesellschaft noch nicht vorrangig wahrgenommen.

Die Einzelbetreuung und Beratung von AsylwerberInnen und MigrantInnen wurde in der Folge von der Volkshilfe übernommen. Es war eine Einzelperson, die Leiterin der Volkshilfe, die auf den mangelnden Kontakt zur türkischen Bevölkerung mit der Organisation von Sprechtagen für diese Zielgruppe und schließlich mit der Initiative für die Errichtung des Integrationsbüros (Beschreibung siehe oben) reagierte. Die spezifische Entstehungsgeschichte des IB in Freistadt begründet seine anfängliche Ausrichtung hauptsächlich als Beratungs- und Unterstützungseinrichtung für die türkische Bevölkerung. Der Aufgabenbereich hat sich – Beschreibung siehe oben – in der Zwischenzeit erweitert.

Erst 2005 wurden Teile der Zivilgesellschaft auf Grund des Konfliktes um die Errichtung eines muslimischen Gebetshauses aktiv und bemühten sich um eine

interkulturelle Öffnung der einheimischen Bevölkerung den Zugewanderten gegenüber. In der Folge entstanden die oben beschriebenen Projekte.

8.4 Gegenüberstellung und Vergleich von Best Practice Projekten in Steyr mit den Projekten in Freistadt

Der Jahresbericht 2009 des Integrationszentrums Paraplü informiert über Aktivitäten und Angebote in sechs Bereichen.

1. Sprechen-Lesen-Schreiben
2. Übersetzen und Dolmetschen
3. Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit
4. Begegnungen und Veranstaltungen
5. Vernetzung
6. Projekte

Die vom Paraplü geleistete Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit in Form von Workshops in Schulen und Einrichtungen ist in Freistadt auf Grund der Ehrenamtlichkeit und des fehlenden institutionellen Auftrags nicht möglich. Allerdings wird immer wieder über einzelne Projekte in den lokalen Zeitungen berichtet und zu den Begegnungsmöglichkeiten eingeladen, sodass zunehmend mehr Menschen von den Aktivitäten erfahren und auch darauf reagieren.

Der Schwerpunkt der Projekte in Freistadt liegt in der Gestaltung von qualitätvollen und nachhaltigen interkulturellen **Begegnungsmöglichkeiten**. In diesem Bereich kann der Mangel an Ressourcen durch das Engagement Vieler wettgemacht werden.

Der Freistädter Frauentreff wurde, wie oben beschrieben, eingeladen, an der Vernetzung mit anderen Initiativen und Gruppen durch die Teilnahme am „Runden Tisch Integration“ teilzuhaben. Dies sollte nur ein erster Schritt sein, dem viele folgen müssen, um eine weitere Öffnung und Vernetzung der verschiedenen Interessensgruppen untereinander zu erreichen. Sollte die Gruppe Freistädter Frauentreff weiterhin an Stabilität gewinnen, könnte sie auch eigenständig vernetzend tätig werden.

Projekte wie eine Malworkshop-Reihe mit Flüchtlingsfrauen, die Erstellung und Herausgabe mehrsprachiger Informationsbroschüren zu Gesundheit und Medizin oder die Ausbildung von MultiplikatorInnen in der Suchtprävention für verschiedene Volksgruppen sind Aktivitäten, die von einem vertieften Verständnis für Integration als

Querschnittmaterie zeugen. Das Projekt „Bunter Spielplatz“ in Freistadt kann in diesem Sinn verstanden werden. Allerdings verlangen alle diesbezüglichen Projekte eine entsprechende Finanzierung.

8.5 Abschließender Vergleich

Sowohl in Steyr als auch in Freistadt ist durch zivilgesellschaftliches Engagement eine tragfähige und tatkräftige Bewegung der interkulturellen Öffnung entstanden. In Steyr ist dieses Potential in einen institutionellen Rahmen übergeführt worden. Dadurch ist die Möglichkeit zur weiteren nachhaltigen Integrationsarbeit gewährleistet. Eine ähnliche Entwicklung wäre auch für Freistadt wünschenswert. Ein erster Schritt dazu kann in der klaren Trennung von Einzelberatung von MigrantInnen und Integrations-Arbeit, wie sie beispielhaft in Steyr passiert ist, liegen.

9 Überlegungen zu kommunalen Integrationsstrategien

Wenn EntscheidungsträgerInnen auf Gemeindeebene klar erkennen, dass eine heterogene Bevölkerung zur Realität geworden ist und Verschiedenheit eine neue Normalität darstellt, ist der Weg für Integration als Querschnittmaterie, dem alle Bereiche der Stadtpolitik verpflichtet sind, frei.

Nach Jahrzehnten der Abwehr ist es an der Zeit, von Seiten der Mehrheitsbevölkerung aktiv auf die Zugewanderten zuzugehen. Beispielsweise wäre zu überlegen, dass Initiativen wie die „Gesunde Gemeinde“ sowie Kulturinitiativen ihre Angebote fallweise direkt in Gemeindezentren von Zugewanderten anbieten.

Zu Festen, Feierlichkeiten und Aktivitäten auf Gemeindeebene sollte es selbstverständlich sein, auch MigrantInnen einzuladen. In politische Aktionsprogramme, wie z.B. die Lokale Agenda 21, sind sie einzubeziehen.¹⁵

Es empfiehlt sich, nach dem Beispiel von Steyr und vieler weiterer Städte einen Integrationsbeirat als offizielles Forum für VertreterInnen von MigrantInnen

¹⁵ Im „Zukunftsforum Windhaag“, welches der Jugend Zugang zu globalen Umwelt- und Gesellschaftsproblemen eröffnen will, konnten erfolgreich junge Migranten zur Mitarbeit gewonnen werden. <http://www.zukunftsforumwindhaag.at/>

einzurichten. Empfehlungen bzw. Vorschläge des Beirats sollten verpflichtend auf der politischen Ebene der Stadtgemeinde behandelt werden.

Es ist wünschenswert, dass MigrantInnen zunehmend auch außerhalb des Horizonts der Integration als Mandatäre im Gemeinderat und in Ausschüssen mitwirken.

Damit dieser Weg der Öffnung von breiten Teilen der Bevölkerung, Einheimischen wie Zugewanderten, auf lange Sicht mitgegangen wird, sind Begegnungsräume, wie sie in Freistadt von ehrenamtlich Engagierten organisiert werden, zu unterstützen.

Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind aufgefordert, nicht direkte Bildungsangebote, die eine Entwicklung zur interkulturellen Kompetenz ermöglichen, zu gestalten. Ein solcher Bildungsprozess, der eine allmähliche „Veränderung kollektiver symbolischer Weltdeutungen“ (siehe Kapitel 5.2.1) ermöglicht, bedeutet einen notwendigen Paradigmenwechsel von „Integration als interkultureller Angelegenheit“ zu „Integration als Prozess des interkulturellen Lernens“.

Ziel soll sein, dass sich Zugewanderte wie Einheimische als Teil einer Gesellschaft erkennen und einen Wert darin sehen, sich nicht nur zu integrieren, sondern auch am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren.

10 Literaturverzeichnis

Beiträge in Sammelbänden, Wissenschaftliche Aufsätze und Arbeiten

- Angenendt, Steffen (2008) Die Zukunft der europäischen Migrationspolitik. Triebkräfte, Hemmnisse und Handlungsmöglichkeiten. Heinrich Böll Stiftung Schriften zu Europa; Band 4
- Arnold, Rolf (2007) Ich denke also bin ich. Eine systemisch-konstruktivistische Didaktik. Carl-Auer-Systeme Verlag Heidelberg
- Auenheimer, Georg (2007) Einführung in die Interkulturelle Pädagogik.
- Austria-Forum: Mühlviertel <http://austria-lexikon.at/af/AEIOU/M%C3%BChlviertel> (20. 11. 2010)
- Baraulina, Tatjana (2007) Integration und interkulturelle Konzepte in Kommunen. In „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 22-23/2007 S. 26 - 32. Bundeszentrale für politische Bildung, Adenauerallee 86, 53113 Bonn
- Bauböck, Rainer/Perchinig, Bernhard (2003) Migrations- und Integrationspolitik in Österreich <http://www.okay-line.at/php/downloads/media/files/osterr.migr.integr.politik.pdf> (13.5.2010)
- Bolten, Jürgen (2001): Interkulturelle Kompetenz. Landeszentrale für politische Bildung Thüringen; Bergstraße 4, 99092 Erfurt
- Fassmann, Heinz (2010) Wie multikulturell ist Österreich? Vortrags-Mitschrift aus der „Werkstatt Gesellschaftliche Vielfalt“, Netzwerk Land, LE 07-13, 22.6.2010, Bildungshaus Schloss Puchberg, Wels
- Foucault, Michel (1976): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main
- Gerzer-Sass, Annemarie/Sass, Jürgen (2001) Der sechste Familienbericht – Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen – Belastungen-Herausforderungen. In: Fachtagung Ressource Familie http://familie.portal.muenchen.de/site/downloads/_32_doku_ressource_familie.pdf (11.7. 2010)
- Hofbauer, Helmut (2009): Interkulturelle Kommunikation – philosophisch betrachtet. Eine (Her-)Ausführung aus der Interkulturellen Kommunikation. Neisse Verlag Dresden – Wroclaw
- Hofstede, Geert H. (2001): Culture´s Consequences:Comparing Values, Behaviors, Institutions, and Organisations Across Nations. 2nd ed. Sage Publications inc., Thousand Oaks, California 91320
- Iljassova, Olga (2008): Grenzdurchdringung anstatt Grenzüberschreitung? ‚Trans‘ statt ‚inter‘ oder ‚inter‘ und ‚trans‘? In <http://www.uni->

[due.de/imperia/md/content/germanistik/mauerschau/mauerschau_gesamtausgabe01_2008.pdf](http://www.due.de/imperia/md/content/germanistik/mauerschau/mauerschau_gesamtausgabe01_2008.pdf) (21. 5. 2010)

- Integration gestalten. (2008): In „Gemeinsam kommen wir zusammen“. Expertenbeiträge zur Integration. Bundesministerium für Inneres, Abt. 1/5, Öffentlichkeitsarbeit PF 100, Herrengasse 7, 1014 Wien
http://www.pakte.at/attach/1gemeinsam_kommen_wir_zusammen_gesamt.pdf (27. 7. 2010)
- Keding, Gesche in: Kumbier, Dagmar/Schulz von Thun, Friedemann (2006): Interkulturelle Kommunikation: Methoden, Modelle, Beispiele. Rowohlt Verlag Reinbek bei Hamburg
- Kleve, Heiko (2001): Differenz und Soziale Arbeit. Von Wegen im Umgang mit dem Verschiedenen. http://www.ibs-networld.de/Ferkel/Archiv/kleve-h-01-09_differenz.html (30.6. 2010)
- Land OÖ, Caritas, Diakonie (Hg.) (2008): Kultursensible Begleitung Älterer. Wenn Glaube und Werte woanders zuhause sind. Eigenverlag.
- Menasse, Robert (1995): Das Land ohne Eigenschaften. Suhrkamp Verlag Wien
- Nauck, Bernhard (2007): Integration und Familie. In „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 22-23/2007 S 19 - 25. Bundeszentrale für politische Bildung, Adenauerallee 86, 53113 Bonn
- Nazarkiewicz, Kirsten (2010): Interkulturelles Lernen als Gesprächsarbeit. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden
- Nohl, Arnd-Michael (2006) Konzepte interkultureller Pädagogik. Eine systematische Einführung. Verlag Julius Klinkhardt Bad Heilbronn
- Perchinig, Bernhard (2010): MIS Modul 2, 21. 11. 2010, Universität Salzburg
- Sarasin, Philipp (2005): Michel Foucault zur Einführung. Junius Verlag Hamburg
- Sickendiek, Ursel/Engel, Franz/Nestmann, Frank (3. Auflage 2008) Grundlagentexte Soziale Berufe. Eine Einführung in sozialpädagogische und psychologische Beratungsansätze. Juventa Weinheim & München
- Terkessidis, Mark (2010): Interkultur. Suhrkamp Verlag Berlin
- Thomas, Alexander/Kinast, Eva-Ulrike/Schroll-Machl, Sylvia (Hg) (2003): Handbuch Interkulturelle Kommunikation und Kooperation. Band 1: Grundlagen und Praxisfelder. Vandenhoeck & Ruprecht Göttingen
- Thränhardt, Dietrich (2005): Integration und Zivilgesellschaft. Der Beitrag bürgerschaftlichen Engagements zum sozialen Zusammenhalt. In: Herausforderungen an die Einwanderungsgesellschaft. Anfragen an zivilgesellschaftliche Akteure. http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/themen_materialien/pg5_material/bbe_dokumentation_migration.pdf (12.7.2010)

- Tibi, Bassam (2001): Leitkultur als Wertekonsens. In bpb Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/2001, http://www.bpb.de/publikationen/40QIUX,0,Leitkultur_als_Wertekonsens.html (21. 5. 2010)
- Vogl, Mathias/Matcher, Franz (2008): Integration zwischen Assimilation und pluralistischer Multikultur. In „Gemeinsam kommen wir zusammen“. Expertenbeiträge zur Integration. Bundesministerium für Inneres, Abt. 1/5, Öffentlichkeitsarbeit PF 100, Herrengasse 7, 1014 Wien http://www.pakte.at/attach/1gemeinsam_kommen_wir_zusammen_gesamt.pdf (27. 7. 2010)
- Welsch, Wolfgang (1992): Transkulturalität. Lebensformen nach der Auflösung von Kulturen, in: Information Philosophie, Heft 1992/2, S. 5-20.

Zeitschriften, Broschüren, Papers etc.

- Bürstmayr, Georg in „Fekters Fremdenrecht mit Blick auf die Akropolis“ in „Der Standard“ S. 35, 18. 7. 2009
- Gaulhofer, Karl „Wir haben auch ein Österreicher-Problem“ in „Die Presse“ S. 31, 16. 10. 2009
- Koller, Andreas/Zimmermann, Maria „Hohe Hürden für Ausländer“ in „Salzburger Nachrichten“ S. 3, 10. 10. 2009
- Lammer, Beate „Migranten trotz Bildung benachteiligt“ in „Die Presse“ S. 1, 16. 10. 2009
- Ö1 Interview im Mittagsjournal, 28. 7. 2010
- Orf.at: <http://oesterreich.orf.at/wien/stories/236180/> (1.7.2010)
- Stemmer, Martina in „Der Standard – Printausgabe“ 10., 11. 4. 2010 <http://derstandard.at/1269449311548/44-Prozent-der-Wiener-haben-auslaendische-Wurzeln> (21. 11. 2010)